

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Lugauburg 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 26. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vorkassekonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Kleinzeile 4. — Goldmark. „Meine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöflich zwei fettgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

## Genossinnen und Genossen!

Der Berliner Parteitag hat gezeigt, daß die Reihen unserer Partei für die bevorstehenden schweren Entscheidungen geschlossener denn je bereit stehen. Meinungsverschiedenheiten, wie sie in einer kämpfenden Partei selbstverständlich sind, wurden kameradschaftlich ausgetragen. Die Zeit seit dem Nürnberger Einigungsparteitag hat bewiesen, daß die beiden vordem getrennt marschierenden Parteien wieder zu einer Partei zusammengeschweißt sind, so wie es früher zu den besten Zeiten gewesen ist. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt die politische Organisation, in der sich alle Männer und Frauen des arbeitenden Volkes sammeln, die auf demokratischem Boden zu sozialistischen Zielen vorwärtsstreben.

Die Reichstagswahlen vom 4. Mai haben keine klare Regierungsmehrheit ergeben. Der Anspruch der Deutschnationalen auf Führung einer Regierung des Bürgerblocks wurde bisher abgewiesen. Dennoch drängen sie immer von neuem nach der Macht, die sie früher als Vertreter der privilegierten Schichten innehatten. Ein Teil der Mittelparteien ist aus taktischen Gründen bereit, ihren Ansprüchen weit entgegenzukommen, um sie durch Teilnahme an der Verantwortung zu kompromittieren. Würde es nicht bei dem bloßen Versuch dieses frevelhaften Spiels bleiben, so hätten den unausbleiblichen schweren Verlust die breiten Massen des Volkes zu tragen.

Die Deutschnationalen haben den Wählern vorgegaukelt, daß eine Außenpolitik unter Ablehnung des Sachverständigengutachtens möglich sei. Nun kommen sie von dieser Lüge nicht los und sind deshalb auch nicht bereit, an den Gesetzen mitzuarbeiten, die zwar gewiß Schweres bringen, aber durchgeführt werden müssen, wenn Deutschland leben soll.

Seit die Sozialisten in England die Regierung führen und in Frankreich ein bürgerlich-radikales Kabinett im Einverständnis mit den Sozialisten das Steuer lenkt, ist eine Gelegenheit zur Befriedung Europas gegeben, wie sie seit dem Ende des Krieges noch nicht da war.

Deshalb verlangt unsere Partei von der deutschen Regierung eine Politik, die es unseren englischen und französischen Freunden ermöglicht, die hohen Ziele zu erreichen, die sie sich zum Wohl der schwerleidenden Menschheit gesetzt haben.

### Die schleunige Durchführung der zur Auswirkung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze

ist aber vor allem nötig, weil sonst den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Zeit des Elends droht, die alles in der Vergangenheit Erlebte in Schatten stellen würde. Die Ablehnung des Gutachtens hätte eine neue Inflation zur Folge, die in ihren Wirkungen noch schrecklicher würde als die von 1923. Ohne Annahme des Gutachtens wird die herrschende Kreditnot nicht behoben werden. Von neuem würden Hunderttausende und aber Hunderttausende der Kurzarbeit und der völligen Erwerbslosigkeit überantwortet.

### Die Sozialdemokratische Partei wird darum nötigenfalls den Volkentscheid über die Annahme des Gutachtens herbeiführen.

Wenn die Kommunistische Partei gegen die Annahme tobt, wie es ihr von Moskau befohlen ist, so treibt sie damit eine Politik, die nur den Rechtsradikalen helfen würde, wenn sie Erfolg hätte. Den Kommunisten ist die Not des deutschen Proletariats ganz gleichgültig. Darum sind wir gezwungen, ihre wirren Reden und rohen Methoden mit aller Schärfe zu bekämpfen. Die Herbeiführung chaotischer Zustände kann den breiten Massen nur Unheil bringen. Wir aber wollen die Bahn frei machen für stetigen Fortschritt in der Richtung zu unseren sozialistischen Zielen.

Mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale sind wir einig in dem Willen, durch parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit in jedem einzelnen Lande und durch internationale Vereinbarungen einen wirklichen Schutz der Arbeit zu sichern, vor allem den Achtstundentag zu verteidigen und ihn wieder zu erobern, wo er verloren gegangen ist.

Die Stunde ist der Zusammenarbeit aller demokratischen und sozialistisch denkenden Elemente in Europa günstig. Wenn der Deutsche Reichstag unter dem Einfluß skrupelloser nationalistischer Agitationspolitiker nicht die Kraft aufbringt, die Gesetze zu verabschieden, die zum Nutzen des Volkes schleunigst erledigt werden müssen, so wird noch in diesem Sommer ein neuer Appell an das Volk ergehen. Der Wahlkampf wird dann plötzlich einsehen und nur wenige Wochen dauern. Wir müssen für diesen Fall bereit sein.

In der demokratischen Republik ist das Volk selbst seines Glückes Schmied. Es geht um die Zukunft ganz Europas, um das Schicksal des kommenden Geschlechts. Wer will, daß Kinder und Enkel frei atmen und froh leben können, muß sich den Frauen und Männern anschließen, deren Treue zu unserer Partei kein Sturm erschüttern konnte.

Für die Befreiung vom Joch der Kapitalherrschaft, für Freiheit und gleiches Recht, für den Frieden der Welt

## vorwärts zu neuen Kämpfen!

Berlin, 24. Juni 1924.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- Bartels Ad. Braun Eispien Dittmann Fischer Franz Hildenbrand Hilferding Juchacz Ludwig Molkenuhe Moses Müller Nemitz Ryneck Schulz Stahl Stelling Wels.

## Hochverräter.

Von Rudolf Breitscheid.

Paris, 25. Juni.

Deutschnationale Blätter haben mich einen Hochverräter genannt, der vor den Staatsgerichtshof gehöre, weil ich dem französischen Ministerpräsidenten die Ernennung des Generals Nollet zum Botschafter in Berlin oder zum Kriegsminister angeraten hätte. Ich würde den Deutschnationalen gern das Vergnügen machen, mich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten, aber ich fürchte, daß wir beide, Deutschnationale und ich, auf dieses schöne Schauspiel verzichten müssen, da die Reichsanwaltschaft noch ein gut Teil intelligenter ist als die „Bommerche Tagespost“ und ähnliche Organe, die jenen hirnerbrannten Unsinn verbreiten haben.

Aber ich will auch der nationalistischen Provinzpresse nicht zu nahe treten. Wenn ihre Redakteure auch nicht durch ein Uebermaß von Verstand beschwert sein werden, so traue ich ihnen doch so viel Einsicht zu, daß sie selbst nicht einen Moment an ihre eigene Nachricht geglaubt haben. Sie haben bewußt gelogen. Sie wollten eine Hehe inszenieren, und um zu ihrem Ziel zu gelangen, war ihnen jedes Mittel, auch das der osbernsten und schmutzigsten Verleumdung recht.

Und warum die Hehe? Man konnte sich ungefähr vorstellen, worüber ein deutscher Sozialdemokrat mit Herrn Herriot reden werde. Unsere Partei hat ihren Standpunkt in der Frage der Befreiung der Ruhrgefangenen, der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Räumung des Ruhrreviers deutlich zu erkennen gegeben, als daß ein Zweifel über den Hauptinhalt meiner Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten möglich gewesen wäre. Aber das eben war und ist den Rechtsradikalen ein Dorn im Auge, daß es zu einer Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen kommen kann, daß ein Kabinett, in dem sie trotz ihrer heißen Sehnsüchte nicht vertreten sind, gewisse Zugeständnisse von Frankreich erreicht und daß sich zuletzt gar ein Sozialdemokrat in seinem bescheidenen Teile um eine Erleichterung der auf Deutschland ruhenden Lasten bemüht.

Daher stammen ihre Tränen, und daraus erklärt sich ihre Wut. Sagen wir es in einem Wort: Sie sind tief unglücklich, daß sich Poincaré und der Nationale Block nicht mehr am Ruder befinden und ihnen so ein Argument, dem sie große Erfolge verdanken, aus der Hand genommen ist. Jetzt bemühen sie sich krampfhaft um den Nachweis, daß sich in Frankreich nichts geändert habe. Jetzt schwören sie, daß sich die Absichten Herriots und der neuen Mehrheit durchaus mit denen Poincarés deckten, und es muß infolgedessen jeder ein Landesverräter sein, der zu den Männern der gegenwärtigen Regierung irgendwie in Beziehungen tritt, ohne sie zu beschimpfen und anzuspöien.

Nun könnte man über diese Ausbrüche der Enttäuschung und Verzweiflung zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die große Gefahr bestünde, daß die nationalistischen Heher tatsächlich dazu beitragen, eine beginnende Befreiung im Keime zu ersticken. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Stellung des Kabinetts Herriot nicht übermäßig stark ist. Es hat bei der entscheidenden Abstimmung in der Kammer eine Mehrheit von 80 Stimmen erhalten, aber von diesen 80 Stimmen gehören neben den radikalsozialistischen und den sozialistischen Gruppen, an deren dauernde Zuverlässigkeit zu glauben Illusion wäre — selbst in der Partei Herriots sitzen auf dem rechten Flügel mehr oder weniger unsichere Kantonalisten, die im gegebenen Augenblick ausbrechen können; „Sachsen“, wie man hier in Erinnerung an das Verhalten der sächsischen Truppen während der Völkerschlacht bei Leipzig solche Politiker nennt. Diese Kreise sind nicht unempfindlich für die intensive Agitation, die die alten Blockisten hinter den Kulissen treiben, eine Agitation, die vielleicht in erster Linie genährt wird von der Abneigung gegen den Anti-Klerikalismus Herriots und von der ja auch anderwärts nicht unbekanntem Furcht vor neuen Steuern. Aber im wesentlichen bedienen sich die Blockisten außenpolitischer Argumente unter geschickter Bemühung des Auftretens der deutschen Nationalisten: Nicht nur ihre Kundgebungen auf „Deutschen Tagen“ usw., sondern vor allen Dingen auch ihre Bemühungen, eine Verständigung um jeden Preis zu hintertreiben. Man versteht hier sehr genau, und ohne daß ein Deutscher den Franzosen die Augen zu öffnen brauchte, den wahren Sinn der Kampagne, die Herriot als einen anderen Poincaré hinzustellen sucht, und in dem man die Nationalisten als die wahren Vertreter der öffentlichen Meinung in Deutschland ausgibt, hat man es verhältnismäßig leicht, eine Politik des Entgegenkommens und der Zugeständnisse als verhängnisvoll zu brandmarken und die Hoffnungen auf einen Sieg der demokratischen Vernunft in Deutschland zu zerstreuen. Und wo das Verhalten der Deutschnationalen und Deutschvölkischen nicht ausreichen sollte, um die Poincaristen mit Material zu versehen, da gibt es zum Glück noch die deutschen Kommunisten, die eine solche Pötte auszufüllen bereit sind.



Nun kommt dazu die Frage der interalliierten Rüstungskontrolle. Ich wiederholte in Paris bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß, wenn es in Deutschland Rüstungen geben sollte, die über das Maß des durch den Friedensvertrag Erlaubten hinausgehen sollten, sie niemals ausreichen würden, einen Krieg gegen Frankreich zu führen. Antwort: „Wenn dem so ist, warum sträubt man sich dann bei Euch gegen diese Inzentrationsaufnahme?“ Wer sich dieser Kontrolle widersetzt, erweckt den Eindruck, als ob er etwas zu verbergen habe, und dieser Widerstand kann böse Folgen haben.

In der Tat, in Deutschland muß man sich klar darüber sein, was eine Weigerung bedeuten würde. Es besteht, kurz gesagt, Gefahr, daß Herrriot darüber stürzen könnte, um einer Regierung Platz zu machen, die im großen und ganzen die Wege Poincarés einschlagen würde! Und selbst wenn das nicht geschähe, von dem Augenblick an, wo die Kontrolle abgelehnt würde, wäre von einer weiteren Amnestie keine Rede mehr und wäre die Räumung der Ruhr auf, ich weiß nicht wann, vertagt. Dann hätten die französischen — und die deutschen Nationalisten hier wieder die Regierung, die sie in schöner Einmütigkeit so heftig herbeiwünschten.

Es lassen sich zahlreiche Gründe anführen, aus denen die Kontrolle für Deutschland schwer zu ertragen ist, aber sie alle wegen jederleicht gegenüber der einen Tatsache, daß diese Inzentrationsaufnahme eine der Voraussetzungen für die wirkliche Verständigung und für die allmähliche Befreiung unseres Volkes von politischem, wirtschaftlichem und moralischem Druck ist. Alles spitzt sich auf die Frage zu, ob man diese Verständigung will, ob man auch über die Stipulation des Sachverständigenberichts hinaus zu einer Regelung der Streitpunkte gelangen will, die zurzeit das Verhältnis zwischen den beiden Nationen vergiften. Und damit hängt die andere Frage zusammen: Wer sind die Hochverräter? Die, die an einem Ausgleich arbeiten, oder jene, die ohne Rücksicht auf das Schicksal ihres Landes und ihrer Volksgenossen aus Parteigründen die Wunden am Körper Europas offen halten wollen?

## Die Beamtenbesoldung im Reichstag.

### Sozialdemokratie für Personalabbaugesetz.

Im Reichstag war es gestern friedlich, die erregte Stimmung von Tage zuvor war rasch wieder vererbt. Nur ein paar Papierkugeln, Wurfgeschosse, die die Kommunisten am Dienstag auf den völkischen Herrn Roth geworfen hatten — ohne zu treffen — wurden herumgezeigt. Waffen der kommunistischen Weltrevolution!

Die Sitzung gehörte den Beamten. Alle Parteien wandten sich in zahlreichen Anträgen gegen die am 16. Mai durch die Reichsregierung auf dem Berordnungswege vorgenommene Besoldungsregelung. Nach schwierigen Verhandlungen, die zeitweise fast zu einer Ministerkrise im Reichsfinanzministerium führten, wurde im Hauptausschuß beschlossen, die 7 1/2 Goldmillionen, die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt wurden, lediglich zur Erhöhung der Grundgehälter der Beamtengruppen I bis VI zu verwenden; außerdem noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Frauen- und Kinderzulagen vorzunehmen und im übrigen alle sonstigen zur Besoldungsregelung gestellten Anträge für erledigt zu erklären. In der langen Aussprache im Plenum wurden viele beamtensfreundliche Reden gehalten.

Für die Sozialdemokratie sagte Genosse Steinkopf, daß die Entwürfen der unteren Beamten voll berechtigt seien. Er widerlegte die künstlichen Berechnungen des Reichsfinanzministeriums, die beweisen sollen, daß die unteren Beamtenschichten jetzt über ihr Vorkriegsgehalt gekommen sein sollen. Das Gegenteil sei richtig. Schon in Friedenszeiten seien die Gehälter der unteren und mittleren Beamten zu knapp gewesen. Unter sozialdemokratischem Einfluß sei nach der Revolution eine Angleichung zwischen den

Gehältern unten und oben erreicht worden, aber später hätten die bürgerlichen Parteien diese Spannung wieder teilweise auseinandergerissen. Sehr scharf wandte sich Steinkopf gegen die Reichsregierung, die mit dieser Besoldungsregelung ihre Befugnisse weit überschritten habe. Um das für die Zukunft zu verhindern, bringe die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, der der Reichsregierung die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Beamtengehälter entziehen soll. Unser Redner begründete ferner einen Antrag, den weiteren Personalabbau sofort und so lange einzustellen, bis der Reichstag ein ordnungsmäßiges Gesetz über den Personalabbau verabschiedet habe.

Der kommunistische Redner Eichhorn griff die sozialdemokratische Fraktion an, weil sie nach seiner Auffassung den oberen Beamten noch immer zu viel gebe. Die Kommunisten haben beantragt, die Gehaltsgruppen I—VII und die Gehaltsgruppen über XIII vollständig zu beseitigen. Sie haben ferner einen Antrag eingebracht, daß die Regierung statt der 7 1/2 Millionen Mark 800 Millionen Mark für die Erhöhung der Beamtenbesoldung zur Verfügung stellen soll. So könnte man natürlich ebenso gut 8000 Millionen Goldmark für die Beamtenbesoldungserhöhung fordern, wenn man nicht gleichzeitig berücksichtigt, daß die Beamtengehälter schließlich doch von den Massen des Volkes, vorwiegend auch von den Arbeitern aufgebracht werden müssen. Uebrigens haben die Kommunisten ein sehr kurzes Gedächtnis. Dieselbe kommunistische Partei, die jetzt die Gruppen I—VII und die Einzelgehälter vollkommen beseitigen will, hat noch am 12. Juni 1923 im Reichstag einen Antrag eingebracht, der alle bisherigen Besoldungsgruppen aufrechterhielt und der Gruppe XIII ein fünffach höheres Gehalt als der Gruppe I und der Gruppe B 7 ein zwölffach höheres Gehalt als der Gruppe I zusprechen wollte. Die Kommunisten wissen also recht genau, daß ihr letzter Antrag undurchführbar ist, sie stellen ihn ins Blaue hinein und schädigen damit nur die sozialdemokratische Arbeit auf Besserstellung der unteren Beamtenschichten. Die Abstimmung über sämtliche Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

Auch am Mittwoch konnte in den Ausschuhverhandlungen eine Einigung über die Höhe der Aufbesserung der Beamtengehälter nicht erzielt werden. Im Hauptausschuß wurden lediglich zwei von der Deutschen Volkspartei und von den Deutschnationalen gestellte grundsätzliche Anträge angenommen, die, ohne eine Summe zu nennen, verlangten, daß die Regierung die jetzt von ihr zur Verfügung gestellten Mittel auf das Grundgehalt der Gruppen I bis VI legt und darüber hinaus zu einem späteren Zeitpunkt die Sozialzulagen erhöht. Der Regierungsvorschlag lautet: Erhöhung der Grundgehälter in den Gruppen I bis VI, beginnend in der dritten Dienstaltersstufe mit einer Staffellage von 1 bis 6 M. Außerdem Wegfall der niedrigsten Stufe der Kinderzulagen von bisher 16 M., so daß Beamte mit Kindern unter 6 Jahren eine monatliche Zulage von 2 M. besonders erhalten.

Die Sozialdemokratie besteht noch wie vor auf Abstimmung über ihren Antrag, der dem Kabinett die Ermächtigung zur Erhöhung der Besoldung entziehen will. Bemerkenswert ist außerdem ein Antrag der Sozialdemokratie, mit der weiteren Durchführung der Personalabbau-Berordnung so lange auszuweichen, bis der angekündigte Gesetzentwurf über die Veränderung der Personalabbauverordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Die Abstimmung über alle Anträge erfolgt am Donnerstag 11 1/2 Uhr mittags.

## Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag Anträge eingebracht, durch die das Reichskabinett ersucht wird, den Entwurf eines Haushaltengesetzes, den Entwurf eines Reichsverkehrsordnungsgesetzes und den Entwurf einer Reichsverkehrsordnung vorzulegen. Die Fraktion verlangt ferner die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Rechtsverhältnisse des Luft-

verkehrspersonals in zweckentsprechender Weise geregelt werden und bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes diejenigen Maßnahmen zu treffen, durch die das Unfallversicherungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Berufsgefahren des Luftverkehrspersonals auch auf dieses ausgedehnt wird.

Reichstagsabgeordneter Genosse Keil hat im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt:

„Trotz mehrfacher Reklamationen wird immer noch von den Landesfinanzämtern die Vorschrift des § 18 der zweiten Steuerministerordnung in einer Weise angewandt, daß Heimarbeiter und -arbeiterinnen in der Regel die Steuerermäßigungen des § 17 nicht zugute kommen. Auch Heimarbeiter und -arbeiterinnen mit den kleinsten Wochenverdiensten, die bei weitem nicht an den steuerfreien Betrag von 12 Mark heranreichen, werden von der 4prozentigen Steuer betroffen.“

Ist der Herr Reichsfinanzminister bereit, sofort eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen in die Wege zu leiten, durch die dieser schweren sozialen Ungerechtigkeit ein Ende bereitet wird?

## Ein völkischer Held.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Roth, der am Dienstag im Reichstag jene überaus provozierende Rede hielt, die den Anlaß zu den Völkischen gab, gehört zu jener Art von völkischen Helden, die heute mit dem Säbel rasseln, weil sie das wahre Wesen des Krieges nicht aus der Nähe kennen gelernt haben. Herr Dr. Roth schreibt über sich selbst im Reichstagshandbuch:

„Belkrieger-Hauptmann und Abteilungsleiter beim stellvert. Generalkommando I. Bagrisches Armeekorps. Teilgenommen an der Befreiung Münchens (April-Mai 1919), sodann Hauptmann und Abteilungsleiter bei der Generalkommandantur München; Major der Landwehr a. D.“

Die Belkriegerheldentaten hat Herr Roth im Bürgerkrieg verrichtet, nachdem ihm während des Krieges das Geschick es nicht vergönnt hat, kriegerische Lorbeeren zu pflücken. Als ihm sein Heimkriegertum zum Vorwurf gemacht wurde, versicherte er seine Schuldlosigkeit; er habe sich immer an die Front gemeldet, man habe ihn aber nicht an die Front gelassen. Es war bekanntlich sehr schwer, an die Front zu kommen. . . .

## Lügenhehe.

### „Den Franzosen preisgeben?“

Der „Sokal-Anzeiger“ berichtet:

„Nach der ‚Bergisch-Märkischen Zeitung‘, der wir die Verantwortung dafür überlassen müssen, wäre in Bielefeld der dortige Kommandeur der Schutzpolizei, es handelt sich um den im Kriege befanntgewordenen U-Boot-Kommandanten Rüssel, seines Kommandos enthoben und nach Essen versetzt worden, da ihm Verbindung mit nationalen Organisationen zum Vorwurf gemacht wurde. Da Kapitänleutnant Rüssel auf der französischen Auslieferungsliste steht, so wäre seine Versetzung nach Essen, das ja im Einbruchgebiet liegt, gleichbedeutend mit seiner Preisgabe an die Franzosen.“

Andere rechtsstehende Blätter bringen die Nachricht der ‚Bergisch-Märkischen Zeitung‘, deren Struppellosigkeit bei ihrer Hehe gegen Seering und die Republik gerichtsnotorisch bekannt ist, in ähnlicher Form.

Der erste sachliche Teil der Nachricht ist richtig. Begründung und Schlußfolgerung dagegen sind falsch. Die Schutzpolizei Essen ist seit geraumer Zeit in unbefestigten Gebiet untergebracht, so daß die Rechtspresse für ihren „Helden“, der übrigens nicht wegen seiner „nationalen“ Gesinnung, sondern wegen gänzlich unpölkischer, das Ansehen der Polizei schädigender Verfehlungen strafverurteilt wurde, nicht besorgt zu sein braucht. Der ‚Bergisch-Märkischen Zeitung‘ ist dies alles natürlich bekannt. Ihr kommt es aber nicht auf die Tatsache, sondern auf die Hehe gegen Seering an, und die Rechtspresse fällt nur zu gern auf die falschen Meldungen und Verdrehungen der ‚B.-M. Ztg.‘ herein.

## Kölner Sommer-Karneval.

Von Wilhelm von Koellen.

Eine hohe Rheinlandbesatzung hat die rheinische Post „Schneider Wibbel“ verboten. Herrriot sollte sich den tragischen Schneider, der seinem eigenen Leidenszuge zuseht, bei uns in Köln einmal vorspielen lassen. Ich weiß nicht, ob die Uebertragung aus unserer eleganten „Kölch“ in gemeines Pariser Französisch möglich ist. Aber wenn auch nicht, ich leiste jeden Schwur, daß „Schneider Wibbel“ kein Verbot und Herrn Herrriot in fünf Minuten besiegen könnte, selbst wenn er in höchstem Köln seinen völkerverfälschenden Humor entwickeln würde.

Auch der Kölner Karneval ist seit Jahr und Tag verboten. Dafür ist aber die Kölner Stadtverordnetenversammlung mit 15 Kommunisten erlaubt. Die besten Kenner des „Faschlorens“ halten diesen Ersatz für vollwertig. Der Andrang zu den Sitzungen — „Sitzungen“ nannte man in Köln auch die Versammlungen des Prinzen Karneval — ist seit den Neuheiten derart, daß das Vergnügen rationalisiert werden muß. Die weitbekannte plattkölnische Poffenbühne von Willowisch hat ihre Vorstellungen einseitig abgelehnt. Man behauptet an den oberbürgerlichen Stammtischen, sie sei der Konkurrenz der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht gewachsen.

In jeder Sitzung durchglitzern die schwersten geistigen Entladungen den Saal. Bilder von tropischer Blütenpracht bereichern die Reden. So wenn der kommunistische Wortführer dem zentrumslichen Reichsratsmitglied und Stadterordneten Schumacher sagt: „Reiten Sie nur keinen moralischen Schimmel, den Sie nicht besitzen!“ Die Deutschnationalen sind von der Kühnheit des Wortgemäldes entzückt: Ein Kommunist, der einen Schwärzen auf ein weißes Ross setzt und die Roten dazu lachen läßt. Der Zentrumsführer aber schießt den Kommunisten, der dem Rechtskundigen juristische Belehrungen zuweilen lassen will, höhnisch an: „Wenn ich von Ihnen etwas lernen soll, ist es gerade, als wenn ein Säugling eine Amme lehren wollte, wie das Kind geschaukelt wird.“ Worauf der Kommunist die juristische Ueberlegenheit des Gegners anerkennt, diese Tatsache aber so dessen große Nähe zurückführt: „Weider habe ich noch keine so große Platte wie Sie.“ Man könnte daraus schließen, daß der Vollmond zu den Symbolen der dritten Internationale gehört.

Einer der kölnischen Proletarierführer muß sich vor versammelten Stadtwählern an seine Glendreisen nach den hungernden Küsten der Riviera erinnern lassen. Er besitzt leider nicht Selbstgefühl genug, so eine keine Ausspannung nach den schweren revolutionären Kämpfen in den Weinstellern Kölns und den Stadtratslogen der Kölner Theater für gerechtfertigt zu erklären und kniet zusammen. Dafür ist das Jünglein Henriettchen Ufermann, die letzte und einzige Säule einstiger „unabhängiger“ Procht, um so selbstbewußter.

Sie spricht nur „im Namen meiner Fraktion“ zu dem aufstehenden Hause und vertritt ohne Zweifel die geschlossene Fraktionsgemeinschaft, zumal wenn sie keine durchbrochenen Blusen trägt. An Nichtrevolutionärer Sprache wird sie jedoch von einem kommunistischen Vordermann übertrifft, der das glitzernd erblickende Bürgertum andonnetzte: „Wir Arbeiter müssen die blutigen Steuergroschen aufbringen, die Sie als schmutzige Papierfetzen den Kapitalisten in die hungrigen Mägen werfen.“

Zur Beruhigung der kommunistischen Reden hat der Kölner Bürgermeister seinen Moskauerer bis her nach Rauchen in der Sitzung erlaubt. Sie nehmen das Aufsehen an Weerschamspitzen und Stummelpfeifen als unveräußerliche revolutionäre Menschenrechte in Anspruch. So gleichen denn die Nikotinschwaben wie Pulverdampf um die Köpfe der kölnischen Strategen des Bürgerkrieges, die gespannt auf den Ausbruch der Weltrevolution warten.

Nur gearbeitet wird einseitig im Kölner Stadtrat nichts. So war es aber auch früher in der Karnevalszeit. Nur daß damals nicht so viele Erwerbslose und Kriegssopfer auf Hilfe aus dem Rathaus warteten. Wahrscheinlich verlassen sich die Kommunisten auf die Heingeländchen, die nach der Säge nordem nachts die Arbeit verrichteten, wenn tagsüber faule Burschen sich reisten und pflegten.

Kommen die Heingeländchen? Kommen sie nicht? Die Kölner Kommunisten sind sorglos wie alle echten Kölnchen. Ihre Kommunalpolitik ist die tiefe Lebensphilosophie des Kölnchen Karnevalsliebes: „Et hätt noch immer, immer, immer god gänge.“

Bis es nächstens schlief geht.

## Stierkämpfe in Deutschland.

Von Hans Bauer.

Das Geld in Deutschland ist knapp. Allenthalben reicht es nur gerade noch zum Leben und manchmal nicht einmal dazu. Da kommt ein Konsortium gerade recht, das patriotisch genug ist, die Möglichkeit eines Prestigeverlustes, den Deutschland durch das ewige Gejammer ob seiner Geldnot erleiden könnte, dadurch illusorisch zu machen, daß es für die Abhaltung von Stierkämpfen außerordentliche Kapitalien bereit hält.

Außerdem hilft das Konsortium einer dringenden Not unseres Volkes ab. Vorüber ist die Sensation der Heeresverlechte mit ihren 3000 Toten alle 24 Stunden, auch auf die Periodizität der Abkühle mitleidiger Politiker kann man sich nicht unbedingt verlassen. Da würde das Blut, das zwar bloß aus dem ausgeschlachten Leib eines Tieres, aber dafür in Schwelme fließt, einen vollwertigen Ersatz für andere, leider ausbleibende Anlässe zu feierlichem Ausschmückung bedeuten.

Ich kann mir vorstellen, wie so ein Stierkampf sich abspielt, wenn die Regierung die Genehmigung nicht verweigern sollte.

Kleine Fräuleins werden in dem Arenarand sitzen und schneidige Kommis, gedummete Herren und aufgedonnerte Weiber. Im Privatleben werden sie alle sehr anständig sein und darauf achten,

daß kein unziemliches Wort ihnen entfähre. Aber die wilde Todesnot eines sterbenden Tieres wird nicht gegen ihren guten Ton verstößen. Es wird photo- und stenographiert werden. Ueber den wahnwitzigen Schmerz einer gequälten Kreatur werden sie abschnittsweise berichten. Einige Besucher werden auch enttäuscht sein. Sie werden für ihr hohes Eintrittsgeld mehr Intensität des Sterbens verlangen, als diese Stiere sie aufzubringen in der Lage sind, während wieder andere in dem Verenden der gequälten Tiere zu viel Theatralik und Wagnis an Dezenz zu bemängeln haben werden.

Ich für meinen Teil werde nur unter einer einzigen Bedingung in solch einem zur Jahrmärkte gemordeten Schlachthof zu bringen sein: Wenn ich in einem künftigen Leben als Kampfstier zur Welt kommen sollte.

Ich möchte dann beim Betreten der Arena, daß ich rundum das einzige Wesen wäre, das sich nicht zu schämen hat.

Daraufhin würde ich mit scharfen Augen prüfen, ob nicht irgendwo die Möglichkeit eines Durchbrechens in den Zuschauerraum bestünde, aus dem ich mir auf meinen spitzen Hörnern denjenigen zum Zweikampf herausziehen würde, der sein Erlebnis mit mir am farbenprächtigsten würde beschreiben können.

Und wenn es schon sein möchte, so würde ich mein Blut in den Staub verströmen, stolz darauf, solch einen Tod nur erleiden und nicht als Schauspiel gemessen zu brauchen.

Die Feengrotten bei Saalfeld. Eines der herrlichsten Naturdenkmäler der Welt ist uns in Thüringen durch die Entdeckung des Geologen Heß von Bichdors erschlossen worden. Es sind dies die „Feengrotten“ bei Saalfeld, von deren phantastischen Wundergestalt Rudolf Hundt eine anschauliche Schilderung in der Leipziger „Allgemeinen Zeitung“ entwirft. Vor Jahrhunderten schon hat man in den Thüringer Waldbergen Maauschiefer gegraben, um aus diesem uralten Meeresschichtgestein Alaun und Bitrol zu gewinnen. Ein solch alter Bergbau „Jeremiasglück“, bei dem in drei Stadien der Maauschiefer abgebaut wurde, liegt noch bei Garsdorf, unweit von Saalfeld. Das letzte Stadien wurde 1746 ausgebeutet, und seitdem hatten die Naturkräfte freies Spiel, die Mineralien aufzulösen und in Form von Stalaktiten, Stalagmiten, Säulterrasse und Kalkstein wieder abzugeben. Während aber die übrigen Höhlen hauptsächlich Tropfstein und kohlen-sauren Schlamm aufweisen, haben sich in den Räumen des alten „Jeremiasglück“ Phosphorsäureintergebilde entwickelt, deren phantastische Formen in den wundervollen Farbenschilderungen erglänzen. Diese bunten Höhlenräume sind tatsächlich Feengrotten, wie man sie gekannt hat, und alles, was die Naturpoesie an koloristischen Wirkungen aufweist, wird von der Farbenpracht dieser Grotten übertrifft, wenn das weiße Licht der elektrischen Lampen die bunten Wunder zum Ausglücken bringt. Die herrlichsten Formen ruft der Diabol hervor, und seine Stalaktiten an den Decken, die oft meterlang und noch weich sind, pendeln im leisen Wind phantastisch hin und her. Geleitet werden die Räume durch Schrumphöhlenformen, die als Kalkstein an den Wänden entstehen. Dagegen bauen sich durch die Verdunstung auf dem Boden aufschlagender Tropfen die Stalagmiten langsam in die Höhe und schaffen so wunderbare Architekturen. Die Feinheit der Formen erkennt man am besten im „Butterkeller“ mit seinen Riekenmengen weichen Diadochits. In dem letzten Tönen, das die Tropfen beim



# Eure Schuld!

Eine Anklage gegen die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen und Völkischen benehmen die Frage der Militärkontrolle, um ihren Völkischpatriotismus auszuschreiben. Sie möchten die Politiker als Vaterlandsverräter infamieren, die aus Verantwortungsgefühl für die deutsche Zukunft die Militärkontrolle annehmen. Sie selbst aber sind es, denen wir diese Maßregel verdanken! Die „Zeit“, das Organ Stresemanns, sagt den Nationalisten:

„Wenn man in Paris und London liest, daß Hunderttausende paradiesisch vor den allen Heerführern vorbeizogen, wenn die nationalsozialistische Freiheitspartei Bilder herausgab mit der Unterschrift: „Schweigend bewachte den Rüstungswort für Deutschlands Freiheit“ — kann man sich darüber wundern, daß das Ausland, dem eine gar nicht vorhandene Bewaffnung vorgeführt wird, darauf mit dem Verlangen nach erneuter Militärkontrolle antwortet? Man kann direkt den Tag bezeichnen, an dem eine entscheidende Wendung in dieser Frage der Militärkontrolle eingetreten ist: Es war der Tag nach der Demonstration von Halle. Damals ist England, das auf deutsche Vorklappen hin vielfach die Hinauszögerung dieser Angelegenheit unterstützt hatte, zu der entgegengesetzten Richtung übergegangen.“

Die Militärkontrolle ist die Schuld der Ludendorff und Döberberg, die Schuld der Nationalisten, die Schuld der nationalsozialistischen Presse. Wer ist ein Feind des Vaterlandes: wer eine solche Maßnahme auf sich nimmt, um schlimme Folgen für sein Land abzuwenden, oder der, der ihm eine solche Maßregel eindrockt?

## Schluß mit der Hitlerei!

Bayerische Sozialdemokratie und Ministerium Geld.

München, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag ist für Freitag nachmittag zusammenberufen, um offiziell die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vorzunehmen. Wie verlautet, wird bei der Tagung der Ministerpräsidenten der Länder in Berlin am Sonnabend held noch nicht anwesend sein.

Anlässlich der politischen Aussprache über das Regierungsprogramm beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion einen Angriff auf den deutschnationalen Hitler-Justizminister Görtner, der bei der allgemeinen Abweisung gegen diesen Herrn bis tief hinein in die Reihen der Bayerischen Volkspartei voraussichtlich zu einer parlamentarischen Mehrheit gegen ihn führen wird. Das dürfte natürlich kein Anlaß sein zu einem Gesamteintritt der Regierung held, aber möglicherweise der Anlaß zur Bildung eines Geschäftsinstitutums ohne die Deutschnationalen, das dann die sogenannte Liquidierung der Hitlerei durchzuführen könnte. Allem Anschein nach beabsichtigt die Bayerische Volkspartei, unter der Regierung held an diese Liquidierung heranzugehen. Ihr angesehenstes Blatt, die „Mugsburger Postzeitung“, schreibt z. B. u. a. zur Kandidatur held: „Es handelt sich nicht um eine in das innere Leben Bayerns tief einschneidende Liquidierung. Allein der Hinweis auf die notwendige Säuberung von Auswüchsen auf dem Gebiete der Justizpflege genügt. In dieser Frage gehen Bayerische Volkspartei und der Bauernbund einig, während die Deutschnationalen voll von Bedenken waren und noch sind.“

## Ministerpräsidentenkonferenz.

Aussprache über die Reparationsfrage.

Wie WTB. erzählt, hat der Reichskanzler Dr. Brüning und Ministerpräsidenten der Länder zum Donnerstag, den 3. Juli, zu einer Aussprache über die allgemeine politische Lage, insbesondere auch über den Stand der Reparationsfrage nach Berlin geladen.

Die polnischen Beschwerden über die deutschen Ombudsbehörden in Polen werden in einer deutschen Antwortnote als unbegründet zurückgewiesen.

Sowjetrußland hat seinen Beitritt zum Weltpostverein angekündigt.

Auffallen erzeugen, kringt überall die Melodie vom Werden mit, das im Berge geboren wird. Am besten kann man im oberen Stodwerk dies Werden studieren. Im mittleren Stodwerk liegen die Quellgrotten, jede mit anderen Quellen, Säuerlingen und Arsen-Säuerlingen, die einen für väder wertvollen Döberglamm abgeben. Hier in den Quellgrotten schäumen wunderbare Farben auf, wenn die mit Mineralien überzogenen Wände und Decken vom elektrischen Licht berührt werden. Das Bild der drei Quellgrotten wird zur geschlossenen Einheit, wenn sich das Spiegelbild im gestauten Wasser mit der Wirklichkeit verbindet. Es ist ein geradezu unbegreifliches Strömen von Farben, das sich dann einstellt. Im untersten, ältesten Stodwerk des alten Bergwerks gruppiert sich alles um den Kieselstaub, die Grabsburg. Hier vereinigen sich Wasserpiegelung, Farben, Formenfülle und Raumgliederung zu einem erhabenen Märchendorn, der einen unvergeßlichen Eindruck hinterläßt.

Schnecken, die den Rüben das Gras wegfressen. Aus Didenburg wird geschrieben: Wer in diesen Frühjohrmonaten den südlichen Teil des Landes Obdenburg, besonders den Amtsbezirk Cloppenburg bereist, findet dort trotz der niederschlagsreichen, für den Großwuchs der Viehweiden sehr günstigen Witterung große Weidflächen völlig verdorrt und abgestorben vor. Die Ursache dieser in solchem Ausmaße noch nie beobachteten Erscheinung ist das massenhafte Auftreten kleiner grauer Aerschnecken, die in großen Schwärmen die Bänderreien überziehen und durch das Abfressen der Graswurzel der ganz auf Viehwirtschaft eingestellten Landwirtschaft schwersten Schaden zufügen. Verschiedentlich hat das Vieh bereits infolge des Grasmanuels von den Weiden herunter genommen und in Ställen untergebracht werden müssen und diesen Viehbeständen ist die erste Heuernte völlig vernichtet worden. Mit Hilfe von Kainit- und Kalilösungen, die über die betreffenden Bänderreien ausgegossen werden, versucht man der Schneckenplage Herr zu werden, doch ist der Erfolg bisher nicht sehr ermutigend.

Militärische Attode gegen Hagestürme. Das türkische Landwirtschaftsministerium hat 30 000 Gewehre und zwei Millionen besondere Wetterpatronen in das Gebiet von Smyrna und Umgebung geschickt, um mit diesen Waffen die furchtbaren Hagestürme zu bekämpfen, die dort in jüngster Zeit gewüthet haben.

Wir wissen nicht, ob kriegerische Mobilisierungen gegen die Atmosphäre verständiger sind als andere Feldzüge. Jedenfalls ist es weniger gemeingefährlich auf Wolken zu schießen als auf lebende Menschen.

Kinderkunst der Staatsoper bei Kroll. Anlässlich der Berliner Turn- und Sportwoche tritt das Kinderorchester der Staatsoper unter Leitung von Max Terby zum ersten Male in der Opernhalle am 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, beim Gartenfest bei Kroll auf. Für den Abend sind namhafte Künstler der Staatsoper und anderer Theater verpflichtet. Der Eintritt beträgt 1,50 Dsm. u. W.

Psychologische Untersuchung der Chicagoer Mörderkavaliere. Der „Daily Herald“ meldet, daß die Dozent-Arbeitsgemeinschaft der Universität Chicago ein ungewöhnlich hohes Honorar angeboten habe, wenn er auf Befehl des Verlags eine psychologische Untersuchung der beiden Millionenarschne in Chicago, die den Studenten Frank ermordet haben, an Ort und Stelle vornehmen würde. Freund hat das Angebot aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt.

# Deutschland und die Julikonferenz.

London, 25. Juni. (WTB.) Hiesige politische Kreise legen nach wie vor große Zuversicht bezüglich der durch die Konferenz von Chequers geschaffenen Lage an den Tag. Gegenüber den Berichten, wonach Herriot die Beibehaltung der Besetzung der drei Ruhrhäfen gefordert habe, wird darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß der französische Premierminister derartige Maßnahmen nicht abgeneigt war; es kann jedoch mit Sicherheit angenommen werden, daß er seine einmaligen Wünsche in dieser Hinsicht nicht in Bedingungen kleidete, daß daher eine Zustimmung der britischen Regierung zu derartigen Plänen kaum in Frage kommen konnte.

Von britischer Seite wird ausdrücklich dem Eindruck entgegengetreten, als handele es sich bei der Zugewinnung Deutschlands zu Verhandlungen im zweiten Stadium der bevorstehenden Londoner Konferenz darum, Deutschland vor vollendete Tatsachen zu stellen. Es wird hervorgehoben, daß in Wirklichkeit zwei Konferenzen unterschieden werden können: eine erste, auf der die Alliierten zu einer Vereinbarung über ihren Standpunkt zu gelangen suchen werden und eine zweite, zu der Deutschland zugezogen wird und auf der mit den deutschen Delegierten nach Entgegennahme ihrer einmaligen Gegenvorschläge über die Erzielung einer gemeinsamen Lösung verhandelt werden soll. Englische Kreise geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Form der Verhandlungen von deutscher Seite kaum als eine Aufzwingung des Willens der Alliierten angesehen werden könne, und hoffen zuversichtlich, daß unter der fruchtbarsten Mitwirkung Deutschlands eine Lösung erzielt werden wird, die den großen auf die bevorstehende Konferenz gesetzten Erwartungen voll entspricht.

## Was in Brüssel abgemacht wurde.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der in der Regel sehr gut unterrichtete Brüsseler Korrespondent des „Temps“ faßt das Ergebnis der Aussprache mit der belgischen Regierung wie folgt zusammen:

1. Die belgischen Minister hätten ihr völliges Einverständnis mit dem Zusammenritt einer interalliierten Konferenz in London erklärt. Die Konferenz soll einen rein technischen Charakter haben und ihr Programm ausschließlich auf die Durchführung des Dameschen Plans beschränkt sein. 2. Da die Aussprache in London und Brüssel sich mehr im Rahmen allgemeiner politischer Prinzipien gehalten habe, sei es notwendig, sich zuvor über die technischen Einzelheiten der der Konferenz von London zu unterbreitenden Fragen zu verständigen, und zwar entweder durch Einsetzung einer interalliierten Spezialkommission, oder auf dem Wege des diplomatischen Gedankenaustausches durch die Kanäle. 3. Hinsichtlich des Austausch der Pfänder sei man übereingekommen, daß die Reparationskommission den Zeitpunkt bestimmen soll, an dem nach Erfüllung der von den Experten festgesetzten Bedingungen Belgien und Frankreich die ökonomischen Pfänder freigeben, die sie in Rheinland und Ruhr in Besitz genommen haben. 4. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes habe in zwei Etappen zu erfolgen. Zunächst soll die Besetzung unsichtbar gemacht werden, und soll ein Ende nehmen, sobald ein Teil der deutschen Industrieobligationen auf den internationalen Geldplätzen Placierung gefunden habe. 5. In der Frage der Garantien für die Durchführung habe Theunis den alten belgischen Vorschlag wieder aufgenommen, der eine

## Kombination zwischen Garantien und Sanktionen

darstelle, daß die im Expertenplan vorgesehenen Kontrollreue im Falle deutscher Verletzungen an die Stelle der deutschen Administration treten und selbst die Verwaltung der ihrer Ueberwachung unterliegenden Vermögensobjekte in die Hand nehmen bzw. selbst die Steuern einzuziehen sollen. Diese Formel scheint auch für die Engländer akzeptabel zu sein. 6. Hinsichtlich der Eisenbahnen wolle man sich bemühen, die Amerikaner für die zu bildende Gesellschaft zu interessieren. Die Frage der Kontrolle des rheinischen Eisenbahnnetzes sowie die wichtigsten ins Ruhrgebiet führenden strategischen Ämten werde aller Voraussicht nach den belgischen Sachverständigen überwiesen werden. 7. In der Frage der Ricum-Verträge sei Herriot der Auffassung der belgischen Regierung beigetreten, wonach die Verlängerung der am 1. Juli ablaufenden Verträge bis zu dem endgültigen Inkrafttreten des Dameschen Planes unerlässlich sei. 8. In der Frage der militärischen Ueberwachung Deutschlands

seien sämtliche alliierten Regierungen einverstanden, zunächst auf der Beibehaltung der Kontrolle durch die Interalliierte Kommission zu bestehen, und erst wenn diese Gelegenheit gehabt habe zu der Feststellung, daß die Abrüstung gemäß den Versailles Bestimmungen durchgeführt sei, die Ueberwachung auf den Völkerbund übergehen zu lassen. 9. Das Problem der Sicherheit soll einer der nächsten interalliierten Konferenzen vorbehalten bleiben, die der

## Abrüstung des Faschistenheers.

Rom, 25. Juni. (WTB.) Ministerpräsident Mussolini erteilte den Auftrag zur Demobilisierung der Nationalmiliz.

Rom, 25. Juni. (ZL.) In der Senatsdebatte zur Rede Mussolinis den Auftrag zur Demobilisierung der Nationalmiliz, (die nach dem Verschwinden Matteottis zur Niederhaltung der Volksempörung ausgerufen worden war. Red. d. V.).

Die Ermordung Matteottis sei nur ein Glied in der langen Kette von Gewalttätigkeiten.

die aus dem Geist der Illegalität geboren seien. Man könne nicht umhin, das Ideal des Vaterlandes zu befehlen, das auch nicht nur ein faschistisches Privileg sei. Bevor man von normalen Verhältnissen reden könne, müsse die faschistische Mentalität geändert werden und es frage sich, ob die gegenwärtige Regierung noch imstande sei, diese moralisch intellektuelle Reform durchzuführen. Bei der heutigen kritischen Lage sei nur ein vorsichtiges, ruhmweises Vorgehen auf dem Wege der Normalisation möglich, aber den ersten Schritt müsse die Regierung tun. — Diese Rede fand großen Beifall.

## Mussolini an seine Wamaken.

Rom, 25. Juni. (CP.) In der Versammlung der (faschistischen) Kammermehrheit erklärte Mussolini: Die Oppositionsparteien verlangen die Demission der gesamten Regierung, die sie aber nicht zugesandt. Vielmehr werden wir die Kammer eifrig arbeiten lassen, und auch die Opposition kann gebührend mitwirken, weil sie die Regierung und die Mehrheit auf Irrtümer aufmerksam machen kann, die diesen entgegen sind. (Aufmerksamkeit mit Todesfuge Red. d. V.) Wenn auch manchmal etwas blösig, so ist die Opposition doch nützlich. Die verlangte

## Säuberung der faschistischen Partei

wird rasch und gründlich durchgeführt. Niemand mehr als ich wünsche, daß die Partei in bester Weise gereinigt werde. Wenn die

„moralische Wakt zu ständiger Zusammenarbeit“ zur Voraussetzung habe. 10. In der Frage der interalliierten Schulden habe Theunis dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es gefährlich sein könne, ihre Diskussion allzu weit hinauszuschieben und daß es wünschenswert sei, sie sofort nach der Durchführung des Sachverständigenprogramms der endgültigen Lösung entgegenzuführen.

## Die Kontrollnote.

Herriot's Hoffnung auf günstige Erledigung.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Botschafter in Berlin, der augenblicklich zur Information in Paris weilt, hatte am Mittwochmorgen eine längere Unterredung mit Herriot. Dieser hat später einem im Elysee abgehaltenen Ministerrat Bericht über seine Reise nach London und Brüssel erstattet und im Anschluß daran der Presse eine kurze Erklärung gegeben, in der er seiner Befriedigung insbesondere über die Abfindung der gemeinsamen Note an Deutschland Ausdruck gab. Er habe begründeten Anlaß zu der Hoffnung, fügte er hinzu, daß Deutschland die Forderungen der Botschafterkonferenz nunmehr annehmen werde.

## Die Reichsregierung debattiert.

Die Elysee-Korr. meldet: Das Reichskabinett trat gestern, Mittwoch, während der Reichstagsitzung zusammen. Man beschäftigte sich ausschließlich mit der Frage der Beantwortung der Militärkontrolle, und zwar in Form einer Generaldebatte auf Grund des Ergebnisses der von den einzelnen beteiligten Ressorts zum Abschluß gebrachten Vorarbeiten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, jedoch dürfte die entscheidende Kabinettsitzung im Laufe des heutigen Tages stattfinden.

## Theunis als starker Mann.

Paris, 25. Juni. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte gestern kurz vor der Abreise des Ministerpräsidenten Herriot nach Paris eine Unterredung mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis. Es entwickelte sich folgendes Frage- und Antwortspiel:

Frage: „Wann wird man das Ruhrgebiet militärisch räumen?“

Theunis: „Macdonald hat nach dieser Richtung hin nichts verlangt und nichts vorgeschlagen. Man sieht für später eine Abänderung des Charakters der Besetzung nach einem Plan vor, den General Degoutte auf Verlangen Poincarés ausgearbeitet hat, aber nur, wenn Deutschland bezahlet wird.“

Frage: „Was verstehen Sie unter „zahlen“?“

Theunis: „Wir verstehen darunter, daß nicht nur die Bons und Obligations, die vom Deutschen Reich unterzeichnet werden, sondern, daß diese Titel auch durch einen befriedigenden Beginn der Placierung vollkommen marktfähig, also kommerziell geworden sind.“

Frage: „Wann werden Sie aufhören, das Ruhrgebiet auszubeuten?“

Theunis: „Wenn durch restlose Inkassierung des Sachverständigenberichts die Pfänder, die wir in Händen halten, in allgemeine Pfänder des Deutschen Reiches, wie sie der Bericht vorsieht, umgewandelt worden sind. Als Garantien werden wir alle die fordern, die der Sachverständigenbericht vorsieht, und die sind beträchtlich, dazu

## auch noch politische Garantien.

die durch ein vorausgegangenes Einverständnis zwischen den Alliierten Regierungen begründet werden sollen.“

Frage: „Man hat von einem Akt gesprochen, der von den Deutschen genehmigt wird und der an die Stelle gewisser Abschnitte des Versailles Vertrages treten soll.“

Theunis: „Ein vollkommener Irrtum. Wir sehen nichts vor, noch werden wir irgend etwas annehmen, was einer Erneuerung des Vertrages ähnlich sieht. Der Akt, von dem man spricht, wird einfach ein Protokoll sein, das notwendig ist, weil man vielleicht durch die Organe, die die Sachverständigen vorsehen haben, viele Rechte überschreitet, die uns der Vertrag gibt; dies ist in dem

## Brief Clemenceaus an Graf Brodorski-Ranhan

erläutert worden. Clemenceau hat versprochen, daß sich die Alliierten nicht in die Verwaltung des Deutschen Reiches einmischen würden. Der Sachverständigenbericht erfordert, wenn er angewandt werden soll, diese Einmischung; also das Protokoll wird nicht nur unsere Rechte nicht vermindern, sondern sie vergrößern.“

Frage: „Wird man in bezug auf die Kontrolle der strategischen Linien fest bleiben?“

Theunis: „Absolut. Belgien wie Frankreich werden einig sein, um diese Verhandlungen mit England zu führen.“

Frage: „In welchem Maße sind die alliierten Regierungen bereit, die Sorge der Sicherheit des Völkerbund zu übernehmen?“

Theunis: „Für den Augenblick in seinem Maße. Die Entwaffnung Deutschlands wird mit Strenge fortgesetzt werden.

Oppositionsgruppen an den Kammerarbeiten teilnehmen, so wird es gut sein. Wenn sie aber dem Parlament fernbleiben, indem sie meine Abkündigung verlangen, so wird man sehen, was zu tun ist. Die eine ausgesprochene Minderheit ausmachendes Oppositionsparteien können nicht die Auflösung einer großen Partei verlangen, die große Verdienste besitzt. Wenn die Oppositionsparteien nicht in die Kammer zurückkehren, so übernehmen sie die schwere Verantwortung, daß das Parlament ohne sie auskommen muß.“

## Macdonalds Friedenspolitik.

London, 25. Juni. (WTB.) Macdonald erklärte gestern in Glasgow, wo er das Ehrenbürgerrecht erhielt, welche Regierung auch immer an der Macht sei und wer auch immer an der Spitze dieser Regierung stehe, eine oder zwei elementare Tatsachen müßten erkannt werden: die Besetze der Wirtschaft würden nicht von den Regierungen gemacht, und alle Regierungen müßten zusehen, daß der Handel so kräftig wie irgend möglich gefördert werde. Es sei daher die erste Pflicht des Staatssekretärs des Neuern, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen und zuzusehen, da die mühsam eingebrachten Einkünfte des Staats nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben würden die, wenn die Welt vernünftig wäre, nicht notwendig sein würden. Macdonald schloß, er tue sein Bestes, um die Alliierten sowie dieormaligen Feinde Englands zu verstehen, damit durch gegenseitiges Einverständnis das Gebäude des Friedens ausgebaut werden könnte.

## Statistik der Regierungschlappen.

London, 25. Juni. (WTB.) Im Unterhaus hat die Regierung ihre 6. Niederlage erlitten, und zwar bei einer Abstimmung über die Vorlage wegen der Regelung des Londoner Verkehrs mit 195 gegen 168 Stimmen. Die Liberalen und Konföderativen hatten sich vereinigt um Bestimmungen durchzuführen, denen das Verkehrsministerium widersprach. Die Niederlage hat keine politische Bedeutung.

## Arbeitsminister in Südafrika?

Victoria, 25. Juni. (Reuter.) Die Arbeiterführer Creswell und Boyell lagern in einer Unterredung, Herby habe den Wunsch ausgedrückt, daß die Arbeiterpartei Sitz im Kabinett übernehmen möge. Die Entscheidung darüber habe die Arbeiterkonferenz in Johannesburg am 29. Juni zu treffen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Internationale Arbeitskonferenz.

Am den Achtfundentag.

Genf, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollsitzen des Internationalen Arbeitsamtes am Dienstag und Mittwoch steigerten sich zu einer politisch sehr bedeutungsvollen Kundgebung für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtfundentag. Die Genossen Merx, Jouhaux und Pousson erhoben namens der organisierten Arbeiter ihrer Länder die Forderung, daß die Reparationszahlungen nicht allein auf Kosten der deutschen Arbeiter geleistet werden dürften. Ferner führten sie Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, die unter dem Vorwand, mit ihrem Ergebnisse Reparationen zu leisten, nur dazu diene, den Unternehmern ein Privileg gegen die deutschen Arbeiter zu verschaffen. Außerdem aber werde die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland zu einem Vorwand für die Kapitalisten der anderen Länder, auch ihrerseits den neun- und zehnstündentag zu verlangen. Der französische Arbeitsminister Godard erklärte, daß seine Regierung das Washingtoner Abkommen ratifizieren werde, wenn die anderen Industrielländer Europas es ebenfalls verabschieden. Der deutsche Regierungsvizepräsident Lenmann äußerte, daß die deutsche Regierung bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtfundentages zurzeit infolge der wirtschaftlichen Krise nicht in der Lage sei, auf eine verlängerte Arbeitszeit zu verzichten. Dann gab der Vertreter der deutschen Arbeitnehmer, Genosse Müller, eine Erklärung ab, daß die deutschen Arbeiter unbedingt am Achtfundentag festhalten. Die Ausnutzung der augenblicklichen Notlage durch die deutschen Unternehmer werde die Arbeiter nicht daran hindern.

### den Achtfundentag zurückzuerobern.

Die Sozialpolitik der deutschen Republik habe durch die Inflation einen schweren Rückschlag erlitten, aber auch die außenpolitischen Schwierigkeiten wie die Ruhrbesetzung, hätten der deutschen Demokratie schweren Schaden getan und die Arbeiterschaft dem Mobilismus von links und rechts in die Arme getrieben. Man hoffe aber, daß jetzt auch im Auslande ein grundsätzlicher Wandel zu einer Politik der Verständigung sich vollziehen werde. Der deutsche Arbeiter billige das Sachverständigengutachten als Grundlage für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; er wende sich aber dagegen, daß die deutschen Unternehmer ihm zumuten, die Reparationslasten durch Mehrarbeit abzutragen. Ebenso lehnten die deutschen Arbeiter den Plan einer eventuellen Wirtschaftskontrolle in Deutschland ab, es sei denn, daß diese Kontrolle in allen Ländern ausgeübt werde. Wenn bei den Reparationen Rücksicht genommen werde auf die deutschen Arbeiter, so würden damit zugleich die Arbeiter aller Länder gestützt.

Herr Vogel vom Deutschen Industriellenverband erklärte dann unter allgemeiner Bewegung, daß die Mehrarbeit zur Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig sei. Irigendwelche Beschlässe der Internationalen Arbeitskonferenz über den Achtfundentag hätten keinerlei Bedeutung für die deutsche Industrie, die sich volle Freiheit vorbehalten müßte, so zu handeln, wie es ihr als richtig erscheine. Genosse Müller verzichtete in einer persönlichen Bemerkung darauf, innerdeutsche Angelegenheiten vor dieses Forum zu bringen, wie es Herr Vogel getan habe.

### Der Zerfall des IGB. angekündigt.

#### Dosowitsch kein Prophet.

Dosowitsch ist der Nestor der sogenannten roten Gewerkschaftsinternationale. Gelegenlich des ersten Deutschen Betriebsräte-Kongresses hat sich dieser Gast als internationale gewerkschaftliche Beweise in Berlin vorgestellt. Bis dahin war er in der Gewerkschaftsbewegung aller Länder, einschließlich Rußlands, gänzlich unbekannt, seit einigen Monaten gewerkschaftlich organisiert und deshalb so recht greifbar. Die deutschen Gewerkschaftsführer und die Vertreter der Gewerkschaftsmittglieder in Deutschland haben zu behaupten, daß ihm ihre ganze Richtung nicht passe. Die deutschen Gewerkschaftsmethoden taugten nichts, deshalb müßten wir die russischen Methoden einführen. Geradezu verblüffend war die Unverfrorenheit, mit der dieser — bei der Kernerverteilung in Rußland auf den Posten einer neu zu bildenden Gewerkschaftsinternationale ernannte — Gewerkschaftsführer seinen Befähigungsnachweis zu erbringen suchte. Dosowitsch ist als Leiter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale zugleich Genosse der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aus eigener Machtvollkommenheit. Nach dem jüngsten internationalen Gewerkschaftskongress in Wien mischte er keine Karten, um uns den organisatorischen Zerfall unserer Amsterdamer Internationale zu prophezeien.

Dosowitsch schätzte die Zahl der kommunistischen Gewerkschaftsmittglieder in England „bis zu 25 Proz.“ Ohne Übertreibung glaubt er dagegen sagen zu können, daß ungefähr 50 Proz. der Gewerkschaftsmittglieder in Deutschland, Italien und Polen „politisch auf der Plattform der IGB stehen“. Tatsache ist jedenfalls, daß die Gewerkschaften in England weit weniger kommunistisch durchsetzt sind als in Deutschland. Daraus erklärt sich denn auch die unterschiedliche Beurteilung der Moskauer bei den englischen und den französischen, deutschen und holländischen Delegierten, die Herr Dosowitsch als „Familiensklavall bei den Amsterdamer“ — der ihm sehr erwünscht wäre — ausschließen besteht. Wir wünschen unseren englischen Gewerkschaftsmitgliedern keinen Schaden, daß sie in diesem Falle durch Schaden klug werden, wie mancher von uns in Deutschland. Sollte es jedoch dem Drahtzieher Dosowitsch und seinen Gehilfen gelingen, die Zellenbauerei in den englischen Gewerkschaften mit dem gleichen Erfolg weiter zu betreiben wie etwa in Deutschland, dann wird dieser „Familiensklavall bei den Amsterdamer“ recht bald auch den letzten Rest seiner ohnehin unerheblichen Bedeutung eingebüßt haben. Die Praxis Dosowitschs muß seine theoretische Spekulation vernichten. Daran ändert auch der Trick nichts, den dieser Kartennischer anwendet, indem er das Problem Moskau oder Amsterdam auf die Formel umfächelt: „Mit wem soll gegangen werden — mit den linken Arbeitern oder mit der linken Bourgeoisie?“ Ueberflüssig zu sagen, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Bourgeoisie nichts zu tun hat, sondern die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer bildet, also auch all der Arbeiter, die heute noch von der alleinseligmachenden Moskauer Internationale alles Heil erwarten, bis ihnen die Stunde der Enttäuschung schlägt. Wären die heutigen Herrscher in Rußland Moskau für den Rabe der Welt ausgeben. Auch der Größenwahn hat keine Zeit, und je frampfhafter seine Ausrufungen und Anstrengungen, desto näher sein Ende.

Charakteristisch ist auch die Aufrechnung, die Dosowitsch über die Kräfte der Amsterdamer Internationale

macht, die nach ihm überhaupt keine internationale, sondern nur eine europäische Organisation ist. Da Dosowitsch von seinen russisch-bolschewistischen Rechenmethoden ausgeht, erklärt er die Zahl von 16 Millionen Mitgliedern als beträchtlich übertrieben. Er nimmt die tatsächlichen Ziffern, so daß die Amsterdamer Internationale nicht mehr als 14 Millionen Mitglieder zählt. „Aber dies ist noch nicht alles“ — schreibt Dosowitsch in der „Inprekorr“ und meint damit, daß noch weitere Abstriche zu machen sind. Die Amsterdamer Internationale habe in jeder Landesorganisation „bedeutende Minderheiten, die der IGB zustreben“. Er trennt die Kommunisten von den „Reformisten“ und „so kann man sagen, daß man zu den Reformisten geht in der ganzen Welt ungefähr 10 Millionen organisierter Arbeiter rechnen kann“. Da unter diesen 10 Millionen auch die amerikanischen — dem IGB nicht mehr angehörenden — Gewerkschaften stehen, bleibt für uns Amsterdamer kaum ein halbes Duzend Millionen von Mitgliedern übrig.

„Über auch dies ist noch nicht alles“ Die arme Amsterdamer hat einen linken Flügel. In diesem linken Flügel unterteilt unter Moskauer drei Strömungen: Die rechte Flanke bildeten die linken deutschen Sozialdemokraten. „Mit diesen Elementen“ habe die IGB einen Block schließen wollen, „aber die Ergebnisse haben sich, wie bekannt, als recht kläglich erwiesen“. (Sehr richtig! Red. d. „B.“) Im Zentrum befanden sich einige Führer von Berufsinternationen und ein Teil der englischen Gewerkschaftsführer. Auf der linken Flanke aber stehe ein Teil der Führer der Transportarbeiter und ein Teil der linken Gewerkschaftsführer in England. Da im Mittelpunkt des linken Flügels die russische Frage stehe, sagt Dosowitsch den Genossen am Fimmen, die Moskauer Drahtzieher seien bereit, „mit jeder beliebigen Arbeiterorganisation die Einheitsfront herzustellen, aber unter der Bedingung, daß diese Front eine reine Arbeiterfront ist. Auf eine Front von Arbeitern und Unternehmern gehen wir nicht ein.“ Diese Stillschaltung der Moskauer Aufrichtigkeit ist zwar nicht mehr neu, aber nichtdestoweniger bezeichnend. Herr Dosowitsch macht diese Unterstellung in voller Absicht, um den Lesern der kommunistischen Presse mit anderem Vorgehen auf das Gift gegen die Amsterdamer Internationale einzuspüren, sie bilde eine Front von Arbeitern und Unternehmern. So machen diese Burschen in „Einheitsfront“, so begegnen sie selbst denjenigen Genossen unter uns, deren Schwäche die unglückliche Liebe zur Einheitsfront mit Dosowitsch und Genossen ist, welche letztere nun einmal den ganzen russischen Gewerkschaftsapparat auf Grund der Diktatur über das Proletariat in der Hand haben. Die Verdienste und das Ansehen seines Genossen, auch nicht Edo Fimmens sind so groß, als daß es sich einer letzten Lüge, das Treiben der Moskauer unbeachtet zu lassen. Es wird in der Amsterdamer Internationale nicht einen einzigen Genossen geben, der den Anschlag der russischen Arbeiterbewegung auf den internationalen Gewerkschaftsbund nicht schmerzhaft erkennt, weil wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in Rußland ebenso notwendig gebrauchen als sie die Verbindung mit uns gebrauchen. Und sobald erst einmal die russischen Gewerkschaften in ihren Entschickungen nicht mehr gebunden und gefesselt sind, kommt diese Verbindung ohne weiteres zustande. Früher nicht, oder doch nur um den Preis, daß wir den Einowjens und Dosowitsch auch die Verfügung über unsere „europäische Organisation“ eintäumen. Wenn die überzeugten Gewerkschaftsmittglieder Rußlands reden könnten, würden sie uns sagen, daß es in der ganzen Welt keine Arbeiterbewegung gibt, die größerer Abhängigkeit und Anrecht unterworfen ist, als sie es gegenwärtig sind. Die etwaige Spekulation aber, sich den russischen Gewerkschaften auf Umwegen nähern zu können, scheint uns gegenwärtig nicht minder verkehrt als die Spekulation eines Dosowitsch auf den „organisatorischen Zerfall der Amsterdamer Internationale“.

### Zur Lage im Berliner Sängergewerbe.

Wie wir erfahren, wird der Schlichter für Groß-Berlin am Dienstag, den 1. Juli, zu den Lohnstreikteilnehmern im Berliner Hoch- und Tiefbauergewerbe Stellung nehmen.

Die Parteien sind geladen und haben ihr Erscheinen zugelagt.

### Metallarbeiterausperrung in Niederschlesien.

Breslau, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die im Eisenhüttenverband Niederschlesiens zusammengeschlossenen Hüttenwerke haben ihre gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen, rund 6000, mit Wirkung vom Dienstag ausgesperrt. Den Anstoß zu dieser Maßnahme gab die Forderung der Arbeitgeber, einen vom Schlichtungsausschuß in Vignitz gefällten Schiedsspruches, der in der Spitze einen Lohn von 44 Pf. pro Stunde vorsieht. Die Werke sind angeblich nicht in der Lage, diese Lohnsätze bezahlen zu können. In anderen Gebieten des Reiches werden wesentlich höhere Löhne gezahlt. Wäre diese Lohnhöhe ausschlaggebend für die Produktions- und Abnahmefähigkeit, dann müßten die Betriebe in Schlesien an Aufträgen ersticken. Gewiß spielt die gegenwärtige Kreditnot eine Rolle. Es scheint aber, als wenn andere Gründe den Arbeitgeber wichtiger erscheinen. Bis zum 1. April waren die Eisenhütten dem Verbande Niederschlesischer Metallindustrieller angeschlossen. Man gründete eine eigene Organisation, offenbar um mit den Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen billiger wegkommen zu können. Weil nun die Arbeitnehmer diesen Wünschen nicht folgen, deswegen soll die Aussperrung helfen, die Arbeiter gefügig zu machen.

### Behringshaltung im Friseurgewerbe.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst einem Erlaß des Handelsministers entnimmt, hat sich dieser vorläufig für die Dauer eines Jahres dahin einverstanden erklärt, daß durch einen am 1. Juli ab ausnahmsweise die Einstellung eines zweiten Behrings in solchen Betrieben des Barbier-, Friseur- und Perückenmacherergewerbes, in denen bisher nur ein Lehrling gehalten werden durfte, gestattet wird. Voraussetzung hierfür ist, daß der erste Behrling das zweite Jahrjahr vollendet hat und die Einstellung des zweiten Behrings zur Vermeidung besonderer Härten im Einzelfall erforderlich ist.

Wer die Gehilfen halten soll, mit anderen Worten, wo die Ausgelernten später bleiben sollen, darüber besagt der Erlaß nichts. Auch wer zwei Behrings hält, braucht nicht einen Gehilfen zu beschäftigen. Ist der Behringshalter erst der Finger gereicht, fordern sie die ganze Hand.

### „Samiel hilf!“

Der so überschriebene Artikel in der zweiten Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ hat ein Echo gefunden in folgender S-11-Berichtigung: „Die in Nr. 290 des „Vorwärts“ in einer Polemik gegen meinen Aufsatz „Gegen parteiische Schlichtungsausschüsse!“ („Deutsche Zeitung“ vom 16. Juni) ausgesprochene Behauptung, daß niemand freiwillig mit den Organisationen des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände Tarifverträge abschließen würde, ist unzutreffend. Wahr ist vielmehr, daß die dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns unterstellten Behörden, insbesondere die Reichsarbeitsverwaltung, sich auch dann weigern und besonders in den letzten Jahren geweigert haben, Tarif-

verträge der Organisationen des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände für allgemein verbindlich zu erklären, wenn sie gemäß dem geltenden Recht und der geltenden Praxis hätten für allgemein verbindlich erklärt werden müssen, weil die Mehrzahl der vom Tarifvertrag erfaßten Arbeitnehmer organisatorisch im Nationalverband Deutscher Berufsverbände stand. Wahr ist weiterhin, daß dann jeweils von amtlicher Seite den dem Nationalverband Deutscher Berufsverbände angeschlossenen Organisationen nahegelegt wurde, daß sie aus dem Nationalverband Deutscher Berufsverbände auscheiden und sich einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation anschließen sollten, worauf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung sofort erfolgen würde. Wahr ist also, daß die Tarifvertragstätigkeit des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände und seiner Organisationen vom Reichsarbeitsministerium und seinen ihm unterstellten Organen genehmigt wurde. Dr. Erich Schmidt.“

Man kann wohl eine Zeitung zwingen, auf Grund des § 11 des Pressesetzes eine Berichtigung aufzunehmen. Aber heißt Herr Dr. Erich Schmidt, der sich in so eigennützig Weise für die Sache der Gelder einsetzt, kann niemand zur Anerkennung gelber Vereinigungen, die direkt oder indirekt vom Unternehmertum ausgehalten oder unterstützt werden, als Gewerkschaften zwingen. Solche Zwangsgebilde sind nun einmal keine gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen, wenn sie sich noch so nationale Mäntelchen umhängen und Federn in ihren Dienst stellen, die mit einem Doktorittel behaftet sind. Geld ist gelb!

### Beendigung des Landarbeiterstreiks in Sachsen.

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Der mehrwöchige Landarbeiterstreik im Freistaat Sachsen ist beendet. Nach der „Deutschen Tageszeitung“, Nr. 277 vom 15. Juni ist der Streik zusammengebrochen. Die Arbeit sei überall bedingungslos wieder aufgenommen und damit ein Kampf beendet worden, den der Deutsche Landarbeiterverband ohne Rücksicht auf die große Not des Landes, ohne Rücksicht auf die schweren Folgen für die Allgemeinheit in der Bestallzeit freiwillig und ohne einen Schimmer von Berechnung vom Jaun gebrochen habe. Die Handlungsweise, die aus nichtigen Gründen, aus brutalem Machtbedürfnis heraus, die Pflicht zur Arbeit mißachtete und die Interessen der Allgemeinheit unter die Füße trat, könne nur als unbillig bezeichnet werden.

Diese Erklärung stellt die Dinge vollkommen auf den Kopf und sagt bewußt die Unwahrheit. Weder ist der Streik zusammengebrochen, noch konnte ihm die Berechnung verlagert werden. Die Arbeitsaufnahme erfolgte erst, nachdem Genosse Wehling bestand, daß nunmehr sofort in Verhandlungen über die Neuerschließung eines Tarifvertrages eingetreten wird und Maßregelungen nicht stattfinden. Die Verhandlungen sind bereits eröffnet worden.

Um zu beurteilen, ob die Bewegung berechtigt oder unberechtigt war, muß man die jetzigen Löhne und die Arbeitsverhältnisse kennen. Sie zeigen uns geradezu schauerhafte Zustände! Trotz einer 60- bis 80stündigen Arbeitszeit ist das Einkommen so gering, daß kein Mensch davon leben kann. Es werden Spitzenlöhne von 17½ Pf. für verheiratete Männer und 11 Pf. für Frauen gezahlt. Ein Monatslohn über 20 Jahre bekommt für eine täglich 12 Stunden und noch länger dauernde Arbeitszeit 22 Mark im ganzen Monat, wovon ihm noch die Krankenkasse und sonstige Beiträge abgezogen werden. Familien müssen mit 10 bis 11 Mark pro Woche auskommen.

Was die Organisation tun konnte, diese Verhältnisse auf dem Verhandlungswege zu bessern, hat sie getan. Leider war es die Hartköpfigkeit der Arbeitgeber, die das Zustandekommen einer annehmbaren Regelung verhinderte. Gegen die Schlichtungsausschüsse, deren Entschickungen sich immer stark an die Arbeitgeberforderungen anlehnten, verhielt man sich nicht anders. So wurde der erste werbeständige, vom Schlichtungsausschuß am 30. November festgesetzte Lohn von 14 Pf. pro Stunde vom Landbund abgelehnt. Er mußte nach Erklärung der Verbändlichkeit erst eingeklagt werden. Der Landbund gab hierzu eine Anweisung ins Land, die unter anderem folgendes besagt:

„Die 14 Pfennig dürfen auch nach Verbindlichkeitsklärung nur von dem Arbeitgeber bezahlt werden, die durch Gerichtsbeschluss des Amtsgerichts verurteilt sind. Die anderen haben auch weiter nur 12 Pfennig, Erzgebirge und Vogtland 11 Pfennig, zu zahlen. Wer freiwillig mehr zahlt, wird in Strafe genommen.“

In einer weiteren Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Dresden am 11. Februar wurde unsere Forderung, 25 Pf. Stundenlohn in der Spitze, abgelehnt. Die 14 Pf. blieben in Geltung. Bemühungen der Organisation, direkt mit dem Landbund in Verhandlungen zu kommen, wurden abgelehnt, weil die Forderungen des DVB übertrieben seien. Auf den Druck der Landarbeiter wurde aber doch schließlich eine Anweisung herausgegeben, nach der der Stundenlohn 16 Pf. und der Lohn für Monatslöhner 22 M. betragen sollte. Es konnte also mehr gezahlt werden, wenn man nur wollte. Am 22. April fanden neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Wieder forderten unsere Vertreter 25 Pf. Stundenlohn. Was tat der Vertreter des Landbundes? Sie verweigerten, daß der Landbund von sich aus bereits 16 Pf. zugefanden hätte und verlangten, daß von den 14 Pf. des letzten Schiedsspruches nicht abgegangen wird. Der Schlichtungsausschuß entschied sich für 17½ Pf. Nun war die Geduld der Landarbeiter erschöpft. Sie lehnten den Spruch mit Protest ab und traten in verschiedenen Kreisen in den Streik. Hierauf bewilligte ein großer Teil der Arbeitgeber, ungeachtet aller Anweisungen des Landbundes 20 Pf. Stundenlohn und 30 M. Monatslohn.

Aus allen diesen Vorgängen geht also deutlich hervor, daß den Landarbeitern keine Schuld beizumessen ist. Wenn man Schuldige braucht, soll man sie in den Kreisen des Landbundes suchen.

**Chemische Industrie.** Wo-Mitgliederversammlung am Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr, im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10, III. Tagesordnung: 1. Die Vorschläge der Arbeitgeber zum neuen Mantelvertrage und des Ergebnis der Verhandlungen am 26. 6. cr. 2. Bericht über die Tätigkeit aller Kollegen im Frühjahr.

**Werkstoffindustrie der Metallindustrie.** Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, „Ruhlfelder“, Ralier-Wilhelm-Größe 31. Wichtige Funktionärsversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Entschickung des R. u. M. bezüglich des Schiedsspruches zur Regelung der Mantelhalter und Bericht über die Mantelhalterverhandlungen. Bei der Mitgliedschaft der Tagesordnung wird vollständiges Erbringen erwartet.

**Verband der Kupferindustrie.** Deutscher (Donnerstag) abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Tagesordnung und Beschlußfassung über die künftige Organisation unserer Organisation. Es ist daher unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eßler; Redaktion: Dr. John Schilfowski; Lektorat und Sonstiges: Arth. Kersch; Anzeigen: Th. Meier; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und „Frauenstimme“.

Sophien-Säle Telephon: Norden 9296  
Säle frei! Sophienstr. 18

**Henko**  
Henkel-Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!  
Mithverwendung von Henko bei der  
Wäsche verbilligt das Waschen.  
Vorzügliches Einweichmittel



# Mit Riemern und Paddel.

Cambridge und Oxford, diese beiden englischen Universitäten wurden weltberühmt — durch die Ruderwettkämpfe, die ihre Studentensportarten alljährlich austragen. Zu den eight blues (acht Blauen) einer dieser Universitätsrudermannschaften (Oxford dunkel, Cambridge hell) zu gehören, gilt für das Vornehmste und das Erstrebenswerteste, was der englische Student sich denken kann. Denn, das muß hier auch betont werden, in England gilt der Sportlehrer genau so viel wie der wissenschaftliche Lehrer, ja, es kann vorkommen, daß man ihm noch einen Vorzug einräumt. Der Engländer ist zu Recht sehr stolz auf seine Fähigkeit, von der er weiß, daß sie im Sport begründet liegt. Weil die englische Bevölkerung Sport treiben wollte, wurde in England, früher als in anderen Ländern, der zeitliche Ladenschluß errungen. Selbst die durchgehende Arbeitszeit, die englische Tischzeit, ist auf der Sportliebe der Engländer begründet. England ist eben das klassische Land des Sports. Deutschland ist einmal auch ein für den Sport bedeutendes Land gewesen, das heißt, vor dem Währigen Kriege. Der vernichtete viel, auch die für die Gesundheit der Bevölkerung nötigen sportlichen Einrichtungen und die Sportfreude. Unter dem wilhelminischen Regime konnte man vor allen Dingen das Kasernenhofturnen, die Jugendspiele unter strengster Beaufsichtigung des Lehrers und Sportarten, wenn sie sich mit militärischem Drill irgendwie vereinigen ließen oder das Reservatrecht einer kleinen Oberschicht blieben. Dem Arbeitersport machte man nach Möglichkeit Schwierigkeiten.

## „Binnen und buten.“

Die Berliner sind echte, rechte Wasserratten. Das haben sie mit vielen Binnenländern gemeinsam. Die Kinder der Küste sind im allgemeinen dem Ruderport gegenüber zurückhaltender. Für sie ist das Rudern Erwerbsmöglichkeit, saurer Brotverdienst. Zudem verlangt die reichende Strömung schwere Boote, denen Schnelligkeit nicht eigen ist. Ja, es kommt vor, daß Insulaner, die Tag für Tag auf das Meer hinausrudern oder segeln, um dem Fischfang nachzugehen, sogar das Schwimmen als einen für sie unnötigen Sport betrachten. Und auf erstaunte Fragen vielleicht folgende Antworten geben: „Wenn's Unglück will, is de beste Swemmer verloren. Na, und wenn wie rinnfaß, trappelt wie wedder rut.“ („Wenn es das Unglück will, ist der beste Schwimmer verloren. Na, und wenn wir reinsinken, krabbeln wir wieder raus.“) Uebrigens verschwindet das Ruderboot an der Küste jezt mehr und mehr. Es wird durch das Motorboot ersetzt. Das Rudern ist befallentlich schon dadurch ein sehr gesunder Sport, weil er in staubfreier Luft ausgeübt wird. Arm-, Brust-, Rücken- und Beinmuskeln werden durch ihn gestärkt. Ueberdies bedingt das taktmäßige Rudern Muskelarbeit, in die im Laft des auf- und abgehenden Körpers eine wohlthuende Ruhepause eingeschaltet ist. Zugleich wird Atemmuskulatur getrieben, die nicht zu unterschätzen ist, zumal als Ausgleich einer sitzenden Lebensweise, die die Lunge schädlichen Einflüssen aussetzt. Sport ist nötig, auch für den körperlich Arbeitenden. Es wird nämlich meist übersehen, daß der Handarbeiter sehr oft nur zu einer einseitigen Ausnutzung seiner Muskelkraft kommt. Mit der Einführung des Achtstundentages liegt die Sportbegeisterung der arbeitenden Klasse. Es gehört eben die nötige Zeit dazu, um an der Gesunderhaltung seines Körpers arbeiten zu können.

## Bootstypen.

Das Rudern ist seit 200 Jahren unter die Leibesübungen eingereicht worden. Die ersten Berliner Bootverleiher hatten ihre Niederlassungen in Treptow und an der Stralauer Brücke. Den ersten deutschen Ruderern waren die Engländer und ihre Boote Vorbilder. In frühester Zeit wurden die eigenen Dollenklinerboote benutzt. Das sind offene, hochbordige Fahrzeuge. Man nennt sie Gigs. Sie kommen für Bootswanderungen und das Einüben der Schüler noch jezt in Frage. Die Wherrers sind von gleicher Art, nur aus leichterem Holz und etwas niedriger. Beim Wanderrudern, das, wenn es mit mehreren betrieben wird, immer eine gute Ueberprüfung der Kameradschaft bringt, bevorzugt man oft ein breites Boot und feste Sitze. Bei einer Dauerleistung muß man stets im voraus der unweigerlich eintretenden Ermüdung Rechnung tragen. Ueberdies schreiben beim Wanderrudern die Gewässer die Bootsart vor. Fährt man in einem offenen Boot, so sind wasserdichte Verkleidungen als Schutzdecken erforderlich. Will man mit der

Wandertour zugleich ein Lagerleben verbinden, so muß man allerlei Gepäck im Boot verstauen können. Das Paddelboot ist für schmale Gewässer vorzüglich zu gebrauchen. Es ist zwar in seiner Fortbewegung nicht allzu schnell, aber es hat unbedingt seine großen Vorzüge. Man hat das Gesicht in der Fahrtrichtung, und — das Paddeln ist leicht zu erlernen, was beim Rudern nicht ohne weiteres der Fall ist. In Grönland bietet der Kajak, ein durch Häute abgeschlossenes Paddelboot, gerade Raum für einen Mann. Kommt der Eskimo mit dem Kopf unter Wasser, so richtet er sich durch einen kräftigen Paddelschlag wieder auf. Der DurchschnittsEuropäer muß aber darauf achten, daß er nicht zu beengt im Kajakboot, das dem Kajak nachgebildet ist, sitzt. Bei einem Umschlagen des Bootes muß er die Beine schnell herausziehen können. Die Freude an der



Schnelligkeit erbrachte manche technische Veränderung an den Booten. Um die Stoßkraft der Beine voll auszunutzen, schuf man zuerst den Gleitski und später den Rollski. Das Rennboot ist ohne Außenkiel, mit glatter Außenhaut und schmal. Seine Handhabung stellt an die Kunst der Ruderer die höchsten Anforderungen. Es ist schon eine Kunst an sich, ein solch rantes Boot richtig zu betreten. Der nächste Ruderer vom Steuermann ist am sogenannten Schlagplatz. Er muß das Tempo angeben. Die Plätze am Bug muß man sehr geschickt Ruderern anvertrauen, da sie das Schwanken des Rennbootes am meisten zu verspüren bekommen. Der Steuermann hat die Verantwortung für Mannschaft und Boot. Er muß alles beobachten und jeder Schwierigkeit Herr werden, denn die gesamte Mannschaft lehrt der Fahrtrichtung den Rücken zu, überdies muß der Steuermann Kenntnis vom Rudern haben, und die Rennfähigkeit seiner Mannschaft muß er genau einschätzen können. Auf seine Energie und sein Können muß das Vertrauen zu ihm begründet sein. Von den amerikanischen Universitätsprofessoren wurden eingehende Untersuchungen gemacht über die tauglichste Ernährung der Rennruderer. Und es ist immerhin interessant zu erfahren, daß die englischen Junggelehrten den Fleischgenuß verwerfen, die amerikanischen aber einem dreimal täglichen Fleischgenuß das Wort reden und nur Süßigkeiten verbieten.

## Die Arbeiter-Rudervereine

nennen eine ganze Anzahl Bootshäuser ihr eigen. Sie besitzen hervorragendes Bootsmaterial, das einen Vergleich mit demjenigen der feudaisten Klubs aushalten kann. Der größte Arbeiter-Ruderverein, der „Vorwärts“, der gegenwärtig über 100 Boote und fast 500 Mitglieder hat, wurde im Jahre 1892 von Berliner Arbeitern gegründet, die weder Mühe noch Opfer scheuten, um ihre Ideen und Ziele zu verwirklichen. Von den vielen Schifanen, denen dieser Verein ausgehört war, sei hier nur eine erwähnt. Kurz vor dem Kriege hatte der genannte Verein einen günstigen Bootsplatz auf der linken Spreeseite in der Nähe von Baumshulenweg in Aussicht. Doch der Pionierübungsplatz in der Nähe ließ eine hohe Obrikeit für die Seelen ihrer Pioniere fürchten, und der „Vorwärts“ mußte auf die andere Spreeseite ziehen. Das bedeutete für seine Mitglieder Zeit und Geldkosten, denn es ist nun ein jedesmaliges Ueberfahren erforderlich. 1909 schlossen sich die Berliner Vereine zum „Freien Ruderbund“ zusammen; vor einigen Jahren traten noch die Paddler hinzu, die nun alle im Freien Ruder- und Kanubund zusammengeschlossen sind. In den letzten Jahren sind Rudervereine aus Hamburg, Hannover, Magdeburg, Breslau, Leipzig, Stettin, Dortmund, Düsseldorf, Forst i. L., Linz und Wien hinzugekommen. Für einen Ruderverein sind stets allerlei Schwierigkeiten zu überwinden. So spielt beispielsweise die Grundstücksfrage immer eine große Rolle, da passende Wassergrundstücke stets sehr teuer und selten zu haben sind. Die Bootshäuser dürfen auch nie zu weit von einer Fahrverbindung zur Stadt entfernt sein. Ferner steht im Bootsmaterial selbst ein großer Wert. Ein Doppeltwoiler mit Steuer, der früher 500 Mk. kostete, stellt sich heute auf über 900 Mk., ein Vierer kostet etwa 1200—1500 Mk. und ein Achter 2500 Mk., ein Paddelboot etwa 300—500 Mk. Die richtigen Sportboote bestehen selbstverständlich aus Zedernholz. Das ist ein leichtes und gegen Fäulnis widerstandsfähiges Holz. Soll ein Boot lange halten, so bedarf es der sorgsamsten Behandlung und Pflege. Im Gegensatz zu den Segelbooten wird es nach jeder Fahrt aus dem Wasser gehoben, gesäubert und in den Bootshäusern untergebracht. Alle Jahre muß es außerdem gründlich gereinigt und lackiert werden. Fast alle Reparaturen werden von den Mitgliedern ausgeführt. Nur so ist es möglich, die Beiträge auf ein für Arbeiter erschwingliches Maß herabzusenken. Zurzeit sind wieder einige Neubauten im Auftrag. In jüngster Zeit werden viel Paddelboote, sogenannte Scharpies, von den Sportlern selbst gebaut.

Den Arbeiterrudervereinen sind in ihrer Mitgliederzahl leider Grenzen gezogen, da die Gelände-, Bootshaus- und Bootsfrage eine große Rolle spielen. Es wird strikte darauf gehalten, nur solche Mitglieder aufzunehmen, daß sie auch Gelegenheit zum Rudern haben. Die Berliner Vereine, denen „Collegia“, „Freiheit“, Fr. Kanubund, KSC, Fichte, FPA, 1913, „Ruderfreunde“, „Accomantia“, „Nichtsbearge“ und „Vorwärts“ angehören, haben über 1000 Mitglieder und eine ständige Flotte von 364 Booten. Die Regatten und Dauerrudern, die ohne Geld- oder Ehrenpreise abgehalten werden, sind außerordentlich beliebt. Die Arbeiterruderer gehen ihren eigenen Weg. Aus kleinen Anfängen heraus entwickelten sie sich, um jezt ein Faktor im Sportleben Deutschlands zu sein.

## Aufklärung des Skelettfundes in der Ratiborstraße.

Der auffehenerregende Fund, der jezt auf dem Kohlenplatz in der Ratiborstraße gemacht wurde, hat durch die Ermittlungen der Nordkommission schnell seine Aufklärung gefunden. Als diese an den Fundort kam, wurde vorsichtig weitergegraben. Es wurden noch einige Knochen zutage gefördert. Ein Kopf, Rückenwirbel und noch einige größere Knochen. Alle vom Fleisch entblößt. Wahlos dazwischen geworfen auch tierische Knochen, von Hunden und von Vögeln. Das ganze Aussehen und die Bearbeitung der Knochen, so z. B. die geraden Schnittflächen des Schädels, lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß es sich um Studienmaterial handelt. Ein Arzt, vielleicht auch ein Studierender hat wohl alles in einen Sack getan, mit Kalk bestreut und hier vergraben. Das Gewebe des Sackes ist sehr zerstört. Um vollkommen sicher zu sein, wurden die ganzen Knochen gesammelt und dem Leichenschauhaus überwiesen. Hier werden die Knochen von Ärzten aus noch einmal genau geprüft werden.

# Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakfa.

Doch nein! Ihr traute er das nicht zu. Wer sie so sitzen sah, wie eben jezt, den kleinen, hageren Vogelkopf auf langem, nickendem Hals aus einem grauweissen Tuche hängend, die Hände wie längst müde gearbeitete, stumpf und schlaff gewordene Krallen auf den Knien liegend, der hätte ihr höchstens zugetraut, daß sie langsam die Treppe hinaufkriechen und unter einer Bettdecke verschwinden könnte.

Und so dachte auch der Fruchthändler in Palermo. Doch da war zunächst einmal ihr Mann gewesen, jünger als sie selbst, ein eiserner kleiner Patron, der jede Arbeit durchbiß; und als ihm eines Tages der Atem ausging, stand der Sohn auf seinem Platze und neben ihm ein handfester Burche, der die beiden letzten Jahre schon mit zugegriffen hatte.

Und Arbeitsfrauen gab es immer. Zwei davon waren jedoch so flink und hübsch gewesen, daß der Sohn und sein Freund nicht lange gezaubert und schnell zugegriffen hatten, in der Absicht, die Alte nunmehr in das letzte Zimmer zu setzen.

Sie aber hatte den Vertrag, und der Fruchthändler wohnte weit fort.

Ehe die vier Jungen zum Ziele gekommen waren, hatte Mütterchen Rosina schon den jungen Ercole Montanari und dann auch noch seinen Bruder Riccolò, und die vier anderen hatten eine eigene kleine Pflanzung angefangen. — Eigentlich war es ja eine uralte, die nur neues Blut brauchte — doch vor lauter Hader ihrer Besitzer konnten die Bäume nicht wachsen, und die Früchte wurden so voll Habgier heruntergerissen, daß immer ein elendes grünes kleines Mal zurückblieb, statt der glatten gelben Mutterstelle, von der sich eine reife Frucht losgelöst.

Nein, sie hatten kein Glück, die Vier. Mütterchen Rosina aber konnte sich und erlebte, wie sie sagte, einen neuen, goldhellen Frühling, denn Ercole, dieser Ercole, so verwegene, daß man in Taormina die Tür zuschloß, wenn er zu einem sittsamen Mädchen wollte, das war ein Mann, wie ihn einst ihr junges Herz über alles geliebt hatte, als es noch überquellend von Kraft und Sehnsucht unter dem Brusttuche schlug, das damals keineswegs grauweiss, sondern so bunt wie nur möglich gewesen war.

Der Fruchthändler aber und alle, die Mutter Rosina mit dem nickenden dünnen Hals und den blitzenden dunklen Augenwortlos in der Sonne sitzen sahen, täuschten sich sehr in ihr.

Es war wohl die Lava des Alters über sie hingelassen, doch drinnen glomm es immer noch, und bisweilen züngelte irgendwo ein Flämmchen hervor.

Jezt horchte sie ganz entzückt auf die Pläne der Jungen. Als Renzo anfangs Heimlichkeiten haben wollte, sagte Ercole sofort: „Nichts ohne Mütterchen Rosina; sie ist klüger als wir drei zusammen und verschwiegen wie ein Stein.“

Damit war diese Sache abgetan, und man redete sich vom Herzen herunter, was man wollte.

Doch niemand von der Pflanzung durfte in der Nähe sein. Das waren Leute, die kamen und gingen, jeder trug gerne eine Keuigkeit in sein Nest. Trau einer dem gackernden Hausen!

In der Mittagsstunde — jezt, im Frühling, so voll noch von Däften und zartem Fächeln der blauen Luft — sah man im engen Kreise beisammen und beriet Tag für Tag das große Abenteuer.

Gewiß, den alten Primzen und die junge Venus hatte man entdeckt, es war nicht gar schwer gewesen, und Ercole hatte ganz richtig vermutet: sie wohnten weit näher zu Mutter Rosinas Pachtung als zum Gebirge von Taormina. Doch war noch wenig damit geholfen.

Riccolò, den niemand kannte und der ein rechtes Fuchselein war, hatte man schon mehrere Male zum Auskundschaften fortgeschickt, und jedesmal kam er heiß vor Entzücken über seine eigene Schlaueit zurück, doch ohne auch nur eine Spanne breit weiter gekommen zu sein.

Er ging als Bettler, als Arbeitfuchender, als Vagabund, als Händler und schließlich als Mädchen, doch all das nützte nichts.

Es war jedesmal ein Hauptspäß gewesen, ihn wie für eine rechte Komödie herauszuzupfen — selbst die Arbeiterinnen der Pflanzung erkannten ihn nicht —, aber Renzo wollte nicht mehr warten. Er raufte sich schon die Haare vor verzweifelter Ungeduld, wenn Ercole oder Mütterchen Rosina eine neue List einfiel. Er wollte vorwärts kommen — und damit fertig!

Freilich hatten sie alle recht: er mußte sich zurückhalten. Wenn es so war, wie Riccolò immer wieder versicherte. Und man mußte es ja wohl glauben. Alles, was man hörte, bestätigte Riccolòs Erzählungen.

Gerade war er wieder dabei!

„Es ist nicht an sie heranzukommen, sage ich euch. Eine alte Eule haben sie ihr zur Hüterin gejezt. Nein, was sage ich! Wäre es nur eine Eule! Die streicht doch wenigstens mal zur Nachtzeit fort. Diese sitzt und sitzt — oder sie stetzt wie eine dürre Puppe im Park umher, wenn die schöne Principeffa einmal ein wenig Luft haben will. Der Park aber hat hohe Mauern, sage ich euch. Ringsum. Nur ganz hinten, da gibt es ein altes, fast ganz überwuchertes Tor. Ich habe schon mal am Schloß herumgelaufen. Alles eingeroftet! Da muß man lange und vorsichtig arbeiten. — Vielleicht locken wir sie doch einmal heraus. — Von vorne, das ist ausgeschlossen. Ueberall steht irgendein Eisgesicht herum, zumal am Tor. Du kommst erst gar nicht hinein, Renzo!“

„Aber das hintere Tor,“ sagte Mutter Rosina in einem hohen Flötenton — und ganz nüchtern und sachgemäß: „Riccolò, fächle die Kohlen an, wir wollen einen guten Kaffee trinken.“

In einem kleinen, vorn offenen Ofen lagen glühende Holzkohlen, darüber stand auf einem Reifen ein irgender Topf.

Riccolò stand auf, nahm ein altes Palmblatt und fächelte. Dabei sah er sich soletzt um. „Ihr hättet mich als Spigenverkäuferin sehen sollen, da taute wirklich so ein Eisgesicht auf. Weiß Gott, der Efel hätte mich —“

„Ums Haar verführt,“ sagte Mütterchen Rosina ganz hoch, ihr Kopf tippte in nickendem Gelächter vornüber.

„Und die Bianca — du sagst gar nichts von Bianca!“ Renzo stand ungeduldig auf und ging hin und her, die Hände in die Taschen gehöhrt.

„Glaubst du, der ging's viel besser als der Herrin? Wer traut einer Rose, wenn irgendwo im Lande — nicht allzu fern — der Liebste dieser Herrin steht?“

„Sie hat keinen Liebsten!“ sagte Renzo schroff.

„Aber den Einzigen, nicht wahr?“

Der junge Riccolò warf das schnell über die Schulter, während er im Kaffee rührte.

„Der Einzige,“ sagte Ercole leise, angestrengt vor sich hinblickend, als mühte er eine Geheimchrift in den Ritzen der gebersteten Steinplatten lesen.

Riccolò holte Tassen herbei, Ziegenmilch und kleine Kuchen. Im Hauseingang blieb er stehen und sagte pathetisch: „Außerdem wandelt die arme Venus noch im Schatten einer Soutane.“

(Fortsetzung folgt.)



## Mehr Aktivität.

### Zum Ergebnis der Elternbeiratswahlen.

Die Elternbeiratswahlen haben in Berlin den Christlich-Unpolitischen gegenüber der letzten Wahl 1922 einen großen Vorsprung gebracht. Sie werden, soweit sich übersehen läßt, nahezu 75 aller Sitze (die höheren Schulen eingerechnet) innehaben, trotzdem sie auch einen großen Stimmenrückgang in allen Bezirken zu verzeichnen haben. Die Wahlbeteiligung war noch geringer als 1922. Sie betrug durchschnittlich 25 bis 30 Proz. und stieg nur an wenigen Schulen bis zu 50 Proz. Besonders in Arbeiterbezirken war wieder eine sehr geringe Wahlbeteiligung festzustellen, die natürlich der „unchristlich-politischen“ Reaktion, die ihre Schäflein sicher am Bändel hat, zugute kam.

Die Ursachen des Sieges der „Christlich-Unpolitischen“ sind zum Teil dieselben, die ihnen schon 1922 einen Erfolg brachten. Die Gleichgültigkeit großer Teile der Arbeiterschaft war ihre beste Hilfe. Monatelang haben sie sich und ihre Anhänger auf die Wahl eingestellt, während ein großer Teil der aktiven Kräfte der Gegenseite durch Reichstagswahl und Gewerkschaftsarbeit gebunden waren und so später und zum Teil müde an die Arbeit für die Elternbeiratswahlen ging. Es kann auch vielen Parteigenossen der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie in dieser Frage zu lässig waren. Die Hauptursache des großen Erfolgs der Schulreaktion liegt darin, daß man ihnen von vornherein 135 Schulen mit etwa 2000 Söhnen völlig kampfflos überlassen hat, dadurch, daß man keine Gegenliste aufstellte, obwohl dies bei einigem guten Willen und zielbewusster Arbeit möglich gewesen wäre. Diese Tatsache allein hat den Kampf entschieden. In einzelnen Bezirken hat man die Sache mit einem gewissen Fatalismus, ja Fahrlässigkeit laufen lassen, die überwunden werden muß, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Überall da, wo „Schulaufbau-Listen“ aufgestellt wurden, wo einigermaßen gearbeitet wurde, ist es auch gelungen, den „Christlich-Unpolitischen“ einen Damm zu setzen, ja ihnen Ambate zu entreißen, selbst an höheren Schulen, z. B. am Röllnischen Gymnasium (8 „Aufbau“, 3 demokratische Liste, Christlich-Unpolitisch 0) und Sophien-Gymnasium. Manche Arbeiterviertel, die entscheidend sein könnten für den Schulfortschritt, sind ganz oder zum Teil ausgefallen, so Moabit, Wedding, Lichtenberg, auch teilweise Neukölln (23 Schulen). Bezirke mit weltlichen Schulen haben zum Teil ihre Aufgabe nicht recht erkannt. Auch dort an den rein „christlichen“ Schulen war es möglich, wie Beispiele beweisen, mit Erfolg den Christlich-Unpolitischen entgegenzutreten. Mehr Aktivität, und die Reaktion ist im Rückgang.

Besonders kommt den Christlich-Unpolitischen in Berlin zugute, daß die Berliner Lehrerschaft, die doch in der Mehrzahl auf dem Boden der Simultanschule steht, die von den Christlich-Unpolitischen ebenso scharf bekämpft wird wie die weltliche Schule, sich nicht aufrufen kann zu einem energiegelassen Kampf für die Simultanschule gegen die verschärfte Belemminischule. Wohl weist sie den Weg, wie ihre Entschlüsse auf Lehrertagen und Artikeln in der Lehrerzeitung beweisen, sie kennt die drohende Gefahr der Verkürzung, aber sie rafft sich nicht zur Tat auf. Gekäbe dies, so wären die Christlich-Unpolitischen für Berlin keine Gefahr mehr. Die Folgen dieser Schaffheit wird die Lehrerschaft im besonderen zu tragen haben. Ihre Aktivität in diesen Fragen ist leider noch geringer als die der fortschrittlichen Elternschaft. Mehr Aktivität, ihr Lehrer, und der Reaktion, die auch Euch bedroht, ist Stillstand geboten.

Christlich-Unpolitische, Rechtsprelle und Kommunisten sind sich einig darin, daß die Sozialdemokratie es nicht gewagt habe, offen aufzutreten und sich hinter der „Berliner Schulnotgemeinschaft“ versteckt habe. Diese Behauptungen machen sich besonders schon im Munde der Kommunisten, die bis vor kurzem selbst der „Schulnotgemeinschaft“ angehörten. Die Sozialdemokratie hat nicht nötig, sich zu verbergen, aber sie hat der Berliner Schulnotgemeinschaft und ihrer Risse „Schulaufbau“ ihre Unterstützung geliehen im Gefühl ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern des Volkes und ihrer Schule. Sie hat damit den Beweis erbracht, daß es ihr ernst ist mit der Forderung: Heraus mit der Parteipolitik aus der Schule. Sie wollte keine parteipolitischen Geschäfte machen und hat die „Schulnotgemeinschaft“ unterstützt in ihrem Kampf gegen die drohende Zerstörung der Volksschule, was von den Kommunisten allerdings nicht zu behaupten ist.

Schon jetzt beginnt die christlich-unpolitische Presse den Wahlsieg politisch auszunutzen. Die Herren vom Bürgerblock deutschnationaler Färbung erzählen ihren Leuten vom Zusammenbruch des sozialistischen Kulturprogramms. Sie werden bald versuchen, gemäß ihrer Feststellung auch die Reichsschulpolitik zu beeinflussen und auf Grund ihres „Wahlsieges“ ihre Forderungen nach der Auslieferung der Schule an die Kirche stellen. Mit Unrecht werden sie sich darauf berufen, denn noch nicht ein Fünftel der Eltern haben sich für die Christlich-Unpolitischen entschieden, und wir sind sicher, daß Tausende von Arbeitereltern, die noch heute ihre Kinder in den Religionsunterricht schicken, sich nicht für die von den Rechtsparteien, der Kirche und ihren christlich-unpolitischen Trabanten erstrebte Belemminischule entscheiden werden.

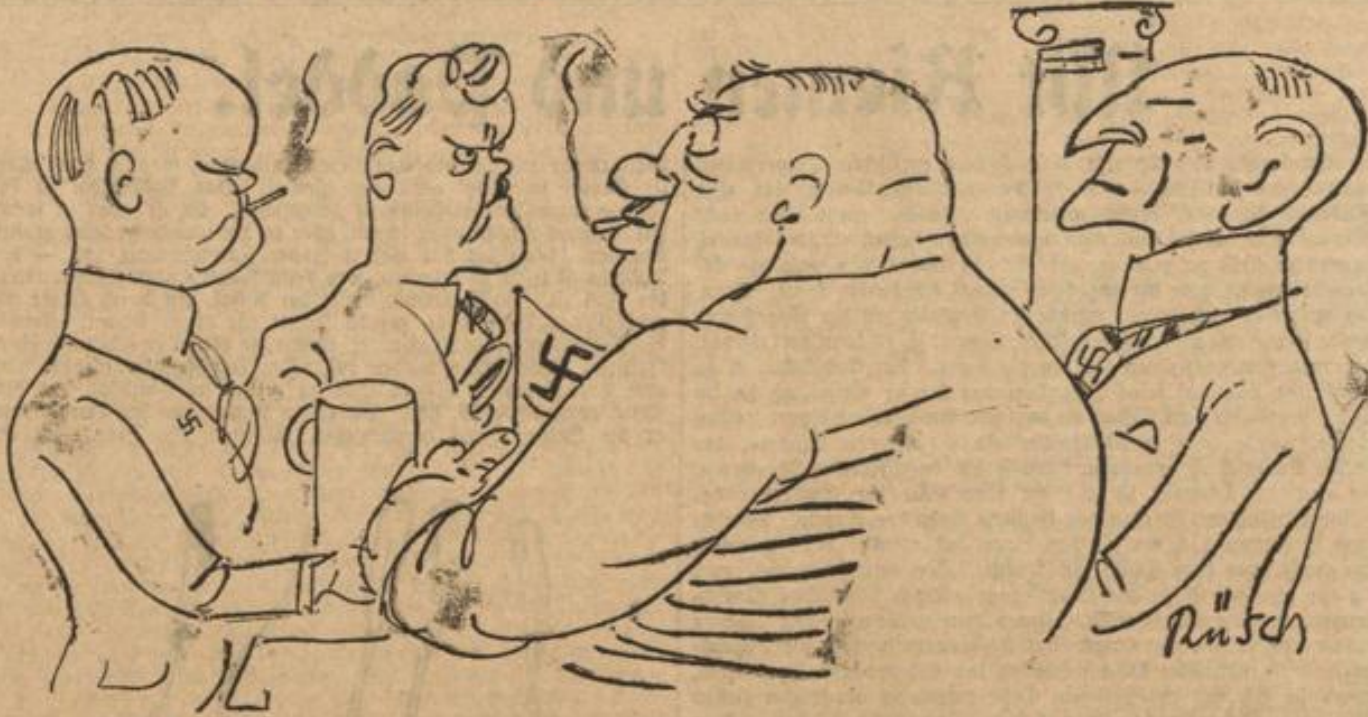
Die Sozialdemokratie wird an der Spitze im Kampfe stehen gegen die der Schule drohenden Gefahren. Ihren Anhängern und Freunden gilt der Ruf: Nicht müde werden. Mehr Aktivität! Der Endsieg gehört uns! Richard Schröter.

## Fishing und Li.

Fishing und Li, zwei ehrsame Bürger aus dem Reich der Mitte, die der Berliner chinesischen Kolonie angehören, hatten sich durch ihre Handelsgeschäfte ein kleines Vermögen erspart und dieses in der Zeit der Inflation in Devisen angelegt. Als die Rentenmark sich als stabil erwies und sie Geld für andere Geschäfte brauchten, wollten sie ihren Devisenbesitz wieder umwechseln, fielen aber dabei einer Gaunerbande zum Opfer. Unter den Vbden hatten sie den vielfach vorbestraften Seemann Heinz Zimmermann, genannt der „Hamburger Heinz“, einen gewissen Reibe und den angeblichen früheren Schauspieler am Lessing-Theater Wilhelm Müller kennengelernt. Zu diesem Gaunertrio gehörte auch der Klemperer Max Boeder, in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Klemperer“ bekannt, der aber im Hintergrunde blieb. Die anderen schwindelten den Chinesen vor, daß sie gute Bankbeziehungen hätten und ihnen preiswert einige 50-Pfund-Roten umwechseln könnten. Die Chinesen gingen freudig auf den Vorschlag ein und wurden nun nach einer Rollabende in der Karlstraße verschleppt. Wöhlich fuhr „Klemperer“ mit einem Auto vor, stürzte hinein und rief Müller zu: „Herr Direktor, Sie müssen rasch zu einer Aufführungsleistung!“ Müller sollte nun mit den beiden 50-Pfund-Roten sofort verschwinden, indem er den Chinesen zurief, daß er sofort wiederkomme und dann auch das umgewechselte Geld zurückbringen würde. Die Chinesen schöpften aber Verdacht und wollten sich auf den Handel nicht einlassen. Kurz entschlossen botte Reibe einen Chinesen nieder. Der andere aber verstand keinen Spaß. Mit einem Jiu-Jitsu-Griff schlug er seinerseits den Angreifer zu Boden. Während dieses Kampfes hatten die Spießhahnen jedoch die Gelegenheit benützt, um zu flüchten. Es entspann sich eine wilde Jagd auf der Straße und einige der Gauner wurden auch gefaßt, leider aber nicht derjenige, der das Geld hatte. Die Roten blieben verschwunden und die beiden Chinesen sind bis jetzt die Leidtragenden.

In der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Mitte konnten nur Müller und Boeder zur Verantwortung gezogen werden; Zimmermann ist flüchtig und Reibe ist am Tage vorher in einer anderen Sache verhaftet worden und konnte nicht mehr vorgeführt werden, so daß auch gegen ihn das Verfahren ausgekehrt werden mußte. Müller erhielt sechs Monate Gefängnis, während der weniger beteiligte Boeder mit 100 Mark Geldstrafe davonkam.

## Im Hakenkreuzler-Dorado „Wilhelma“



„Wir sind Lühows wilde, verwegene Jagd.“

## Wieder ein Frauenmord.

### Der Täter verhaftet.

In ihrer Wohnung wurde vorgestern mittag 1/2 Uhr die unverehelichte Emilie Rischke in der Brunnenstraße in Spandau ermordet aufgefunden. Der Täter ist der bei ihr wohnende Schlosser Mali. Er ist verhaftet und geständig.

In der Siemensstadt in Spandau im Erdgeschoß des Hauses Brunnenstr. 18 wohnt bei einem gewissen Ortso die 50 Jahre alte unverehelichte Frau Emilie Rischke. Sie lebt schon seit 18 Jahren mit einem 49 Jahren alten Schlosser Alfred Mali in freier Ehe. Zwischen der Frau und Mali waren Zank und Streit an der Tagesordnung. Er hat schon oft zu Belannten geäußert, daß er von ihr fortziehen wolle. Auch, daß er die Alte mal totschlagen wolle. Vorgestern ist es zwischen beiden wieder mal zu einem Streit gekommen. Mali schickte vorgestern seine Tochter fort, um ihm Zigarren zu holen, damit er sich beruhige. Als das Mädchen wieder zurückkam, war die Tat schon geschehen. Man hatte die Frau mit einem tiefen Stich in die linke Brustseite in ihrem Blute liegend auf dem Boden tot aufgefunden. Sie war mit einem langen dolchartigen Gegenstand aus gehärtetem Stahl erstochen worden. Mali war verschwunden. Die sofort alarmierte Mordkommission erschien alsbald. Daß kein anderer als der Schlosser Mali als Täter in Frage kam, stand fest. Die Beamten hatten Photographien in der Wohnung von ihm vorgefunden. Sie wurden unter ihnen verteilt und sie schwärmten sofort in der Gegend aus. Einer sah ihn unter den zusammengelassenen Leuten stehen, erkannte ihn nach der Photographie, verließ sich bei einer Frau, die ihn schon seit 13 Jahren kennt, daß es der Gesuchte sei und nahm ihn sofort fest. Er behauptet, die Tat, durch seine Frau gereizt, in sinnloser Wut, seiner selbst nicht mehr mächtig, ausgeführt zu haben. Die Leiche wurde photographiert und in das Schauhaus in Berlin übergeführt, der Leichnam aufgenommen. Kriminalkommissar Galzow nahm Mali sofort im Auto mit nach Berlin, wo er einem eingehenden Verhör unterzogen wurde. Seine Angabe, daß er die Tat ohne Lieberlegung begangen habe, ist durch die von der Kriminalpolizei schon angestellten Ermittlungen widerlegt worden. Mali hat Montag abend seiner Frau Barmühle gemacht, daß sie nicht arbeite, und hat ihr Untertue vorgenommen. Er drohte ihr, daß sie keines natürlichen Todes sterben werde. Vorgestern früh hat er nun den mit großer Ruhe gefaßten Plan, seine Frau umzubringen, vorbereitet und dann in die Tat umgekehrt. Als Marie zurückkam, öffnete er ihr nach längerem Klopfen, stellte sie dann aber mit dem Rücken so gegen die Küchentür, daß das Kind in die Küche nicht hineinschauen konnte. Auf die Frage, wo die Mutter wäre, antwortete er ihr: Die Mutter ist spazieren gegangen! Da die Mutter auch tatsächlich oft um diese Zeit wegging, ging die Tochter nach der Jungfernhöhe, um die Mutter zu suchen. Nach 1 1/2 Stunden kam sie wieder zurück. Sie klopfte und klingelte, aber es wurde ihr nicht geöffnet. Jetzt ketterte sie am Küchenfenster empor, blickte hinein und sah ihre Mutter in ihrem Blute schwimmend am Boden liegen. Sie benachrichtigte Hausbewohner, die Tür wurde erbrochen. Der Mörder hatte sich nach der Tat vollständig zu einer Schwester der Frau Rischke, die in Moabit wohnt, begeben. Ihr hatte er vollständig erzählt, was er begangen habe. Von dort war er in die Nähe der Siemensstadt zurückgegangen, wo er dann von den Kriminalbeamten erkannt und verhaftet wurde. Mali wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

## „Schwarzweißrot im Pankower Bürgerpark.“

In dem in unserer Abendausgabe vom 20. Juni 1924 enthaltenen Aufsatz „Schwarzweißrot im Pankower Bürgerpark“ ist an zwei Stellen von dem ehem. „Kgl.“ bzw. „Kgl.“ Obermusikmeister Graj gesprochen und mitgeteilt worden, daß dieser mit seiner Kapelle im Bürgerpark in Pankow außer den üblichen Militärmärschen auch „Heil Dir im Siegertranz“ gespielt habe. Demgegenüber erfuhr uns Herr Obermusikmeister a. D. Graj um Aufnahme folgender Berichtigung: „Es ist nicht wahr, daß ich mich nach Kriegsende in irgendeiner Weise öffentlich, insbesondere in Ankündigungen von Konzerten der

## Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 26. Juni.  
Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Übermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.  
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).  
7.30 Uhr abends: Sprachunterricht (Englisch). 8 Uhr abends: Vortragsreihe, gehalten von Mitgliedern des Reichsgesundheitsamtes. 1. Vortrag: Dr. Frey, Direktor im Reichsgesundheitsamt: „Persönliche und öffentliche Gesundheitspflege“. 9—10 Uhr abends: Wandervogelabend. Gesungen von der Singbarde des Bundes Märkischer Wanderer E. V., Berlin-Steglitz, Singführer Alfred Kroner. 1. Nun reibet Euch die Augenlein wach, von Löwenstein-Krause. 2. Windfremde (Gedicht von Paula Dehmel) von Hans Kroner. 3. Ein Vogel hat gesungen, von Löns-Batke. 4. Landknechtstanz, von W. Götke. 5. Robin Adair, Irisches Volkslied. 6. Heililied, von Alfr. Kroner. 7. „Sonnenwende“, Ansprache des Herrn Stadtrat Schneider-Neukölln. 8. Flamme empor, von K. F. Gläser 1747. 9. Meerstern, ich grüße dich, Paderborner Wallfahrtslied. 11. An einem Sommermorgen, da nimmt den Wanderstab (Gedicht von Th. Fontane). 11. In einem kühlen Grunde, von Eichendorff-Gluck. 12. Kein schöner Land in dieser Zeit, aus Oesterreich. 10.05 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten. 10.15—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

von mir geleiteten Kapelle, jemals als „Kgl.“ oder „ehem. Kgl.“ Obermusikmeister bezeichnet habe. Vielmehr habe ich mir immer nur den mir zustehenden Titel „Obermusikmeister“ beigelegt. 2. Es ist nicht wahr, daß ich nach Kriegsende mit meiner Kapelle irgendwo, insbesondere in einem Konzertgarten, namentlich dem Bürgerpark in Pankow, „Heil Dir im Siegertranz“ gespielt habe.“

Seiner „Aussage“ war, wie im „Vorwärts“ ausdrücklich gesagt wurde, die Zuschrift eines Pankowers. Darin wurde nicht etwa behauptet, daß Herr Graf selbst sich als „Kgl.“ oder „ehem. Kgl.“ bezeichnet habe, sondern der Verfasser der Zuschrift nannte ihn spöttisch so. Wir stellen mit Bemütigung fest, daß der Herr Obermusikmeister a. D. nicht „Kgl.“ oder „ehem. Kgl.“ heißen will und nach Kriegsende auch nirgends mit seiner Kapelle „Heil Dir im Siegertranz“ gespielt hat. Hoffentlich schadet ihm das nicht bei den deutschnationalen Gästen des Bürgerparks.

## Verhaftung in der Bezirksversammlung.

Unter eigenartigen Umständen tagte gestern die Bezirksversammlung Wedding. Zu Beginn der Versammlung waren Kriminalbeamte erschienen, um einen längere Zeit vorliegenden Haftbefehl gegen den Stadtverordneten Börr zu vollstrecken. Es handelt sich um den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, der wegen Abdruck eines Artikels verfolgt wird, in dem die Staatsanwaltschaft das Kriterium des Landesverrates erblickt. Er ist seit Wochen unangefochten im Rathaus gewesen, ohne verhaftet zu werden. Gestern hatten Kriminalbeamte im Zuscherraum der Bezirksversammlung Platz genommen, um Börr zu verhaften. Sie nahmen zunächst Abstand von der Verhaftung, um die Versammlung nicht stören zu müssen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurden die Beamten vom Vorsitzenden aus dem Saal gewiesen. Dieser Aufforderung leisteten sie Folge, postierten sich aber vor den Saal. Nach Schluß der Sitzung begaben sich die Beamten in den Saal und verhafteten den Stadtverordneten Börr, wobei einer der Beamten den Revolver zog, weil er sich bedroht fühlte. Im allgemeinen wurde lebhafteste Empörung über dieses Vorgehen der Polizei geäußert. Es wäre sicherlich möglich gewesen, Herrn Börr auch an anderer Stelle zu verhaften und nicht ausgerechnet in seiner Amtsausübung als Stadtverordneter.

Im übrigen kam die Versammlung nicht zur Erledigung ihrer Tagesordnung infolge Einspruchs der Deutschnationalen, weil das Bureau nicht vollständig besetzt war, Beisitzer-Stellvertreter aber nicht gewählt waren. Auch der Vornahme der Wahl von Stellvertretern der Beisitzer in der gestrigen Sitzung wurde von den Deutschnationalen widersprochen. So mußte die Versammlung resultatlos auseinandergehen. Man sieht, die Deutschnationalen sabotieren überall die Geschäfte der Verwaltung.

## Der Mordprozess in Landsberg.

### Ubergläubische Banditen.

Vor dem Landsberger Schwurgericht begann gestern der Raubmordprozess gegen Soost und Benossen. Die Anklage vertrat der Oberstaatsanwalt persönlich. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Dr. Frey (Berlin), Salomon und Dresdener (Landsberg). Als Hauptzeuge war ein Berliner Kriminalkommissar erschienen, der nach langen Ermittlungen vier Jahre nach dem Mord die Täter ermittelte hatte. Die Entdeckung war durch eine anonyme Karte in die Wege geleitet worden. Die Angeklagten waren im wesentlichen geständig, behaupten aber, nur einen Raub begangen zu haben, ohne den Besitzer ermorden zu wollen. Der Kommissar meinte, daß von Anfang an aus dem ganzen Verhalten der Angeklagten anzunehmen sei, daß sie einen Mord begehen wollten. Die Angeklagten waren mit zwei schwarzen und einer roten Maske bekleidet und in das Besitztum eingedrungen. Sie hatten mit vorgehaltenem Revolver den Besitzer und seine beiden Töchter aufgefordert, bares Geld herauszugeben. Der Angeklagte Glanz versuchte, die Schuld auf die beiden übrigen abzumwälzen. Er hätte nur Schmiere gestanden. Nach längeren Vorhaltungen durch die Rechtsanwältin Dr. Frey und Salomon mußte er jedoch zugestehen, daß er selbst zur Begehung der Tat angezettelt hatte, da er in Geldnot war. Die Frau des Glanz hatte acht Tage vor der Tat den übrigen Angeklagten Karten gelegt, ob sie von ihrem Raubzug auch mit viel Geld zurückkommen würden. Schon damals hatten die Karten jedoch das Gegenteil befunden. Nach der Tat haben die Angeklagten wiederum die Karten befragt, ob der Besitzer, auf den sie geschossen hatten, an den Folgen des Schusses erlegen sei. Dieses hatten die Karten verneint. Die innere Unruhe trieb die Angeklagten dazu, nochmals nach Landsberg zu fahren, um sich selbst davon zu überzeugen, ob dieser noch lebe. In Landsberg hörten sie, daß Hese bereits gestorben sei. Die Angeklagten hatten nämlich, nachdem der tödliche Schuß gefallen war, sofort das Gehöft verlassen, da Hunde gebellt und das Schreien der Töchter, die sie nicht im Hause vermutet hatten, eine Entdeckung der Tat und ein Gefährwerden befürchten ließen. Gegen Abend fand das Plünderer des Staatsanwalts statt.

## Schülerwanderungen und Waldbrände.

Die Waldbrände in den märkischen Wäldern nehmen jetzt nach den Schülerwanderungen in geradezu erschreckender Weise überhand. Sorglos kochen die Schüler ab und kümmern sich nicht darum, was aus dem kleinen Feuer wird. Gestern kamnte ein großer Feuerschein hinter den Potsdamer Beamtenhäusern an der Saarmünder Chaussee auf. Die Feuerwehr konnte feststellen, daß hier eine Schülerklasse des











# Beamtenausprache im Reichstag.

## Genosse Steinkopf gegen die preuzische Beamtenbesoldung.

Der Reichstag verabschiedete gestern Mittwoch nachmittag ohne Ausprache das deutschpolnische Abkommen über den ober-schlesischen Grenzbezirk, das abgeänderte Quartierleistungsgesetz und die Neuregelung der Strandungsordnung.

Auf der Tagesordnung stehen dann 31 Anträge und Interpellationen, betr. die Beamtenbesoldungs- und -dienstverhältnisse. Das Haus beschließt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen soll und die Redezeit auf eine halbe Stunde begrenzt wird.

Der Hauptausschuß hat einen Antrag angenommen, wonach die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I bis VI verwendet werden sollen. Ferner sollen allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Kinderzulagen und der Frauenzulagen erfolgen.

Abg. Schmidt-Sittin (Dnat.) hofft, daß die Regierung die Vorlage möglichst schnell einbringt, damit die Beamten möglichst schon vom 1. Juli ab in den Genuß der Besoldungserhöhung kommen. Die Regierung hat mitgeteilt, daß im Reichsdienst abgebaut sind 134 507 Beamte bis 1. April, d. h. 16,3 Proz. der Gesamtbeamtenzahl. Der Angestellten- und der Arbeiterabbau hätte auch erfolgen können ohne den Personalabbau; aber die bisherige Reichsregierung habe es nicht gewagt, einseitig vorzugehen. Durch den Personalabbau sollen 105 Millionen Goldmark erspart werden. Diese Summe wird aber erheblich vermindert, wenn nicht völlig aufgewogen durch die Pensionszuschüsse für die abgebauten Beamten. Wir haben heute im Reich noch rund 30 000 Angestellte. Diese müssen nach und nach bei ihrem Ausscheiden ersetzt werden durch Beamte; so z. B. können die rund 10 000 Angestellten der Steuerverwaltung ohne weiteres durch leistungsfähige abgebaute Beamten ersetzt werden. Die tiefgreifende Pensionskürzungsbestimmung — sie soll 5 Millionen Goldmark Ersparnis bringen — muß gleichfalls wegfallen. Die Kriegszulage, die Luftzulage und die Seefahrtszulage müssen möglichst bald wiederhergestellt werden. Dem sozialdemokratischen Antrag auf möglichst baldige Beseitigung der Bestimmung über Aufhebung des Erholungsurlaubes schließe ich mich an. Durch die Verlängerung der Dienststunden wird auch nicht ein T-Pfennchen mehr gearbeitet.

Ein kommunistischer Antrag will die unteren Gehaltsgruppen I bis VII und die Gruppen über XIII beseitigen und die Besoldung mit den Sätzen der Gruppen VIII beginnen lassen.

### Abg. Steinkopf (Soz.):

Wenn es nach der Menge der Anträge aus dem Hause ginge, so müßten die Beamten meinen, daß dieser Reichstag ganz besonders viel für sie übrig hat, aber sie sollen lieber abwarten, was er beschließen wird, und ob er mehr bieten kann als der vorige. Die Beamenschaft hat den neuen Reichstag mitgewählt, ich wünsche, daß sie nicht enttäuscht würde. Die Beamenschaft ist mit dem jetzigen unsozialen Besoldungsrahmen

höchst unzufrieden, so darüber entrüstet. Beim Besoldungsgesetz von 1920 sagte die Regierung, daß die Spannung in den Vorkriegsgehältern zu groß gewesen sei, und man über sie auf 1:2,8 und später auf 1:3,7. Aber jetzt will man sie wieder auseinanderziehen. In der allerfrühesten Zeit kündigte die Regierung das Abkommen mit den Beamten, und tatsächlich ist die Inflation der Mark durch die Beamenschaft, die Arbeiter und Angestellten hochgehungen worden. Gerade die untersten Gruppen haben am meisten darunter gelitten, es wurde aber alles geduldig hingenommen, weil man hoffte, daß die Regierung bei Besserung der Finanzlage alles aufheben würde, um auch den unteren Gruppen zu geben, was zum Leben notwendig ist, aber im Dezember vorigen Jahres wurden Gehaltszüge gegeben, die zum Vergleichen zuviel und zum Leben zu wenig waren. Auch die geringe Erhöhung zu Anfang dieses Jahres gab zu wenig. Die

### Regierung verspricht nach den Wahlen die Erhöhung.

aber die Ermächtigung, die die Regierung bekam, um nach der Auflösung des Reichstages eine Erhöhung vornehmen zu können, ist in einem so trassen Mißbrauch verwandelt worden, wie ihn der Reichstag niemals mitgemacht hätte. (Sehr richtig! links.) Nun will die Regierung diesen Mißbrauch stabilisieren, die unsoziale Besoldungsordnung beseitigen und den unteren Gruppen nicht geben, was notwendig ist. Und das geschieht im denkbar ungünstigsten Augenblick. Die Regierung sagt, sie nehme jetzt die Anpassung an die Vorkriegsgehälter vor. Die Regierung hatte die Ermächtigung, die Gehälter gleichmäßig zu erhöhen, aber nicht so einschneidende Maßnahmen vorzunehmen, wie die Anpassung an die Vorkriegsgehälter. Das hätte sie dem Reichstag überlassen müssen. Die neue Besoldungsordnung war nach vor der großen Inflation aufgestellt, als die Verhältnisse nach der Vorkriegszeit ähnlich waren. Wir haben damals Grundzüge für die Besoldung aufgestellt, und jetzt hat die Regierung diese Grundzüge aufgegeben. Aus welchen Gründen? Der Finanzminister erklärt, daß der Radius, die Grundgehälter prozentual zu erhöhen, sich nicht bemüht habe. Die Beamenschaft hätte es wohl verstanden, wenn gleichmäßig unten wie oben ein gewisser Prozentsatz zugelegt worden wäre, aber sie versteht es nicht, doch unten nur um 17 Proz., oben dagegen um 71 Proz. erhöht wird. Die

### Anpassung an die Vorkriegsgehälter ist eine Irreführung allerhöchster Art.

denn vor dem Krieg gab es keine Sozialzulagen, die für alle gleich bewilligt worden sind. Dazu kommt, daß die Gehälter in den unteren Gruppen schon vor dem Krieg miserabel waren. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit wird nur herausgestellt, um zu ver-schleiern, was die Regierung will. Es kommt jetzt darauf an, daß den Beamten der unteren und mittleren Gruppen das gegeben wird, was sie brauchen. Die Regierung hat keine Bedenken getragen, oben Tausende zuzulegen, aber unten minimale Beträge. Die unteren Beamten werden den oberen nicht die höheren Gehälter, aber sie wollen eine gleiche und gerechte Behandlung. Sie wollen nicht Stiefkinder sein, sondern ebenso behandelt werden wie die oberen Beamten.

Die Kräfte, die sich die Industrie aus der Beamenschaft herausziehen will, haben wir mit noch so hohen Gehältern doch nicht, da die Industrie Gehälter bietet, wie sie kein Staat zahlen kann. Der Redner kritisiert die Inflation des Reichsbundes der höheren Beamten, der die Sache so darstelle, als ob die wirtschaftliche Lage die höhere Beamenschaft in erster Linie treffe. Die Behandlung der unteren und mittleren Beamten ist empörend gewesen. Die verlängerte Arbeitszeit von neun Stunden wird von den unteren und mittleren Beamten pünktlich verlangt, während die höhere Beamenschaft sich nicht daran hält. Ungehört war die Kürzung des Urlaubs.

Der Regierung ist wohl selbst nicht recht wohl dabei gewesen. Vor der jetzigen Neuregelung hätte die Regierung sich noch einmal mit den Beamtenvereinigungen in Verbindung setzen sollen. Die Vorlage ist außerordentlich dürftig. Gegen die Erhöhung der sozialen Zulagen hat die Sozialdemokratie nichts, aber die Hauptfrage ist und bleibt doch das Grundgehalt. Die Zulage muß also auf das Grundgehalt geschlagen werden. Wir bestehen nach wie vor auf unserem im Plenum vorgelegten Antrag, wonach der Regierung die Ermächtigung entzogen werden und dann der Reichstag die Beratungen vornehmen muß. Vor einem Preisabbau ist in den lebenswichtigen Artikeln noch nichts zu merken. Die Tendenz des Preisabbaus ist also noch nicht so sehr ausgeprägt, als daß man deswegen

eine Erhöhung der Besoldung unterbinden müßte. Die Besoldung darf nicht von der Zahl der Beamten abhängig gemacht werden, wie es der Reichsfinanzminister im Ausschuss getan hat. Wir können der Regierung nicht den Rücken deden. Die Stala kann nicht bestehen bleiben, die Gerechtigkeit muß siegen: die Spannung zwischen den oberen und den mittleren und unteren Gruppen muß beseitigt werden. Zur Personalabbauverordnung stellt der Redner fest, daß Abg. Schmidt hier gefogt habe, auch er habe seit Jahr und Tag einen Beamtenabbau gefordert. Es war aber wenig angenehm, zu lesen, wie Graf Bestarp in der „Kreuzzeitung“ ausführte, daß die Tatsache des Personalabbaues ein sprechendes Dokument für die Miswirtschaft der republikanischen Staatsform sei. Bei der Eisenbahn ist nicht objektiv, sondern auch

### nach politischen Gesichtspunkten abgebaut

worden. Die Deutschnationale Partei hat ihren ursprünglichen Standpunkt, daß der Abbau überflüssig sei, jetzt auch aufgegeben. Die Pensionskürzung muß wenigstens in einem gewissen Maße noch bestehen bleiben. Die größte Hauptsache ist jetzt, daß man mit dem Abbau nun endlich Schluss macht. (Der Redner verliest zum Schluss folgenden Antrag seiner Fraktion: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die weitere Durchführung der Personalabbauverordnung sofort und so lange auszuführen, bis der Besetzungswurf über eine zweite Forderung der Personalabbauverordnung dem Reichstag vorgelegt ist.) Nur dann kann eine Beruhigung in der Beamenschaft eintreten, die dann wieder freudig an dem Aufbau des Vaterlandes mitarbeiten wird. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Guérard (Z.): Hoffentlich bekommen wir bald einmal eine Ausprache über die großen ethischen Belange des Beamtenwesens. Wir beantragen eine Kodifizierung des Beamtenrechts mit Einschluß der Ruhestandsverhältnisse, der Beamtenfürsorge, des Dienststrafrechts und Straßverfahrens, der Beamtenvertretungen usw. Der Abbau der Sonderzuschläge für das besetzte Gebiet bedeutet einen Mangel an Rücksichtnahme auf die dortigen Beamten, auf denen der alte Druck noch voll lastet; sie leben unter Verhältnissen, die ungleich schlechter sind als die im unbesetzten Gebiet. Darum beantragen wir, diese Sonderzuschläge unentgeltlich zu beseitigen und nur die Ungleichheit in ihrer Bemessung zu beseitigen. Den unteren Beamten billigt meine Fraktion etwas mehr zu als das Existenzminimum, denn der untere Beamte hat auch Anspruch darauf, sich weiter zu bilden und seine Kinder auf eine höhere soziale Stufe zu bringen. (Beifall i. Z.) Selbstverständlich muß eine gerechte Spannung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen sein, aber es muß auch auf den Wert der Arbeit und auf die Vorbildung des Beamten bei der Gehaltsbemessung Rücksicht genommen werden. Bei dem Personalabbau haben politische und religiöse Momente mitgespielt; das ist unerträglich. Selbst ausgewiesene Beamte und sogar solche, die für das Vaterland im Gefängnis gefesselt haben, sind abgebaut worden. (Hört! hört!) Da muß die Reichsregierung mit allem Nachdruck eingreifen. Wenn jetzt mit dem Personalabbau Schluss gemacht würde, so würde das die Beamten wesentlich beruhigen. Wir sind auch gegen die Pensionskürzungen, aber nicht gegen jede Kürzung. Ein Beamter, der vollständig ausseidet und eine hochbezahlte Stelle im Privatdienst erhält, hat kein Recht mehr auf Pension, da die Voraussetzung der Dienstunfähigkeit wegfällt. Wir wollen auch die ehemaligen Offiziere berücksichtigen, aber jede Pensionskürzung abzulehnen, ist unrettbar.

Abg. Eichhorn (Komm.) begründet einen Antrag, für die Aufbesserung statt 7 1/2 100 Millionen zu verwenden und die sozialen Zulagen nur für die Gruppen I—IX zu erhöhen. Die große Spannung zwischen den Gehältern der höheren und unteren Beamten sei höchst ungerecht. Ein Beamter der Gruppe XIII erhält 7,2mal soviel wie ein Beamter der Gruppe I. Die Regierung will den unteren Beamten zu ihren Monatsgehältern von 80—100 M. Zulagen von 1 M. geben. Der Reichstag sollte nicht dulden, daß die Regierung noch immer mit dem System der Verordnungen aus der Zeit des Ermächtigungsgesetzes arbeitet. Der ganze Beamtenabbau ist auf Kosten der Arbeiter, unteren und mittleren Beamten durchgeführt worden. Wir werden diese Politik der Regierung und Reichstagsmehrheit nicht mitmachen. (Händeklatschen b. d. Komm. — Vizepräsident Dr. Bell rügt das Händeklatschen.)

Abg. Morath (D. Sp.) bezeichnet die Besoldungspolitik der letzten Jahre als ungesund. Es war auf die Dauer nicht erträglich, wenn das Lebenskommen des höheren Beamten niedriger war als das des mittleren. Wenn darin die Regierung Wandel schaffen wollte, so war das anzuerkennen.

Die Art aber, wie man die Gehälter der unteren und mittleren Beamten geregelt hat, läßt sehr viel zu wünschen übrig. (Sehr wahr!) Es ist eine Ehrenpflicht gerade der höchsten Beamten, dagegen Einspruch zu erheben, daß die unteren und mittleren Beamten so unzureichend besoldet werden.

Man darf nicht die Gehalts- und Lohnverhältnisse der Beamten und Arbeiter in Verbindung bringen. Die Beamtenbesoldung beruht auf ganz anderen Grundlagen als der Arbeiterlohn. Wenn die Arbeiter gegenwärtig während der schlechten Konjunktur niedrige Löhne haben, so ist das kein Grund, auch die Beamtengehälter niedrig zu halten. Der Redner tritt dann für den Antrag des Ausschusses ein. (Beifall b. d. Sp.)

Abg. Raht (Nat.-Soz.) bezeichnet die Personalabbauverordnung als die schlimmste Verletzung aller Grundrechte der Beamten. Die den Beamten gemachten Verheißungen sind nicht erfüllt worden. Dagegen hat man ihnen in unerhörter Weise die Dienstzeit verlängert und den Urlaub gekürzt. Der höhere Beamte bekommt nicht zu viel, aber der untere Beamte bekommt weitaus zu wenig. (Rufe b. d. Komm.: „Stimmen Sie doch unseren Anträgen zu, Sie führen ja Theater auf!“) Nein, Sie machen Theater, denn Sie stellen Anträge, von denen Sie wissen, daß Sie nicht angenommen werden können. (Lärm b. d. Komm., Rufe: „Heuchler!“ — Ordnungsruf gegen den Zwischenrufer, Beifall b. d. Nat.-Soz., Lachen b. d. Komm.)

Abg. Dauer (Bayer. Sp.) wendet sich gegen die Besoldungsordnung des Finanzministeriums, die unsozial und ungerecht sei. Eine grundlegende Veränderung sei jetzt wegen der Wirkungen des Ermächtigungsgesetzes leider nicht möglich. Redner beantragt die Aufhebung des Artikels 6 des Reichsbesoldungsgesetzes, der den Reichskanzler zur selbständigen Regelung der Besoldungsfragen ermächtigt. (Beifall b. d. Bayer. Sp.)

Abg. Brodus (Dem.) bekämpft gleichfalls die neue Besoldungsordnung. Die Regierung hat gerade die Parteien, auf die sie sich stützt, in eine überaus mißliche Lage gebracht dadurch, daß sie sich ihre Besoldungsordnung die ganze Besoldungspolitik der letzten Jahre mit einem Schlag über den Haufen geworfen hat. Wenn wir dem Ausschussantrag zustimmen, so betrachten wir ihn doch nur als ein Provisorium. Wenn die Nationalsozialisten für die traurige Lage der Beamten die Republik verantwortlich machen wollen, so vergessen sie offenbar, wer den Krieg verloren hat. Sie sollten sich

### bei ihrem Ludendorff bedanken.

(Lärm und Pfui! Rufe b. d. Nat.-Soz.) Der Personalabbau muß jetzt zum Abschluß kommen. Wir hoffen, daß die Lösung der Reparationsfrage auch für die Beamten bessere Verhältnisse schaffen wird. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Lude (Wirtsch. Vgg.) bezeichnet die Besoldungsverordnung als gänzlich unzulänglich. Auch die zur Aufbesserung vorhandenen 1 1/2 Millionen könnten keinen befriedigenden Ausgleich schaffen. Der Redner beantragt die Vorbereitung eines Besetzungswurfs zur grundlegenden Reform des Besoldungswesens.

Abg. Kunze (Drsch.) richtet an die Regierung die Aufforderung, vor allem den unteren und mittleren Beamten ein ausreichendes Existenzminimum zu verschaffen.

Damit ist die Ausprache beendet. Die Abstimmung über die Anträge wird am Donnerstagvormittag stattfinden.

Am 9 Uhr verlegt sich das Haus auf Donnerstag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben der Abstimmung über die Beamtenfrage sozialpolitische Anträge. In einer Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung erklären die Abgg. Henning (Nat.-Soz.), Raht (Komm.) und Schulz-Bromberg (Dnat.), sie würden nicht damit einverstanden sein, daß der Reichstag am Sonnabend schon wieder auseinandergeht.

Bei der Festlegung der Tagesordnung entspinnt sich noch eine heftige Auseinandersetzung, da die Nationalsozialisten verlangen, daß vor der Vertagung des Reichstags unbedingt noch die Frage der Schuldfrage und der Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung behandelt werden sollen. Sie sprechen sich ebenso wie die Kommunisten gegen die für Sonnabend vorgesehene Vertagung aus und beantragen schließlich auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung die Entgegennahme einer Regierungserklärung zu legen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag verlassen die Parteien der Mitte und die Sozialdemokraten zum großen Teil den Saal, so daß der Präsident die Befähigungsfähigkeit des Hauses feststellen muß.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für Donnerstag vormittag 9 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland.

## Porzellan im Landtag.

### Der Kampf um den Direktor der staatlichen Porzellanmanufaktur.

Der Landtag nahm gestern den Haushalt für die preußische Porzellanmanufaktur an. Darauf trat man in die zweite Beratung des Justizhaushalts ein. Justizminister Am Jahnhoff machte dabei interessante Ausführungen über die Erfahrungen mit der Emminger'schen Justizreform. Der Schwerpunkt der Strafrechtsreform liegt bei dem Schöffengericht und dem Amtsrichter als Einzelrichter. Insgesamt bestehen jetzt in Preußen und Walde 175 Schöffengerichte. Hiervon entfallen 11 auf Groß-Berlin; von den übrigen sind 82 am Sitz von Landgerichten, 38 am Sitz von auswärtigen Strafkammern und 44 an andern Orten gebildet. Die Verschiebung der Zuständigkeit hat eine wesentliche Entlastung der Landgerichte und damit die Gefahr zur Folge gehabt, daß Richter bei Landgerichten nicht voll ausgenutzt werden können. Aus diesem Grunde hat die Verordnung vorgesehen, daß ein Richter zugleich Amtsrichter und Direktor oder Mitglied bei dem übergeordneten Landgericht sein kann. In Preußen sind auf Grund dieser Vorschrift 218 Richter zugleich zu Landgerichtsrichtern und Amtsrichtern ernannt und 505 zugleich zu Land- und Amtsgerichtsräten ernannt. Der Zivilprozess hat durch die Verordnung eine andere Gestalt erhalten mit dem Ziele der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens. Die Neuordnung beider Prozessarten machte erhebliche Verschiebungen innerhalb des richterlichen Personals notwendig. Den gesteigerten Anforderungen erschien eine Anzahl von Richtern nicht mehr gewachsen; es handelt sich um 71, die fast ausnahmslos der Altersgrenze nahesteht. Die Reform der gesamten Gefangenenanstaltenverwaltung, insbesondere des Strafvollzuges, wurde im Rechnungsjahre 1923 im wesentlichen abgeschlossen.

Nachdem nach die Vertreter des Ministers zwei Große Anträge der Kommunisten beantwortet haben, verlegt das Haus die weitere Beratung um 5 Uhr auf Donnerstag, 12 Uhr.

Vor Erledigung der sachlichen Materien gab es eine Auseinandersetzung über die Amtsführung des Direktors der staatlichen Porzellanmanufaktur Dr. Schneider. Die Rechte hatte Porzellanwerk der Direktors an verschiedene Persönlichkeiten zu einer widerwärtigen Heze benutzt, die allerdings schließlich eingestellt wurde, als sich herausstellte, daß auch deutschnationale Persönlichkeiten Mithemer von Porzellanporzellan waren. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die Sache klarstellen soll.

In der gestrigen Debatte über die an sich sehr belanglose Angelegenheit teilte der Zentrumsabg. Dr. Schwering unter der Heiterkeit des Hauses mit, daß auch das Zentrum an dem „Ministerporzellan“ beteiligt sei. Bedenklich müßte es dagegen erscheinen, wenn es sich als wahr herausstellen sollte, daß der Vertreter der Volkspartei, Abg. v. Ennern, während der Sitzung des Hauptausschusses bereits von dem Bericht der Oberrechnungskammer Kenntnis besaß. Das würde geradezu auf Korruption des Beamtenstandes schließen lassen. (Unruhe rechts.)

Handelsminister Gen. Siering bestätigte den Verdacht des Zentrumsvertreters. Er führte u. a. aus: Der Revisionsbericht der Oberrechnungskammer habe doch erst Wert, wenn die Direktion der Manufaktur dazu Stellung genommen. Herr v. Ennern habe von diesem Bericht Kenntnis haben müssen, das sei aus seinen detaillierten Angaben hervorgegangen, und später sei festgestellt worden, daß der Finanzminister ihm Einblick in den Bericht gewährt habe. (Große Unruhe und Aufregung rechts; Rufe: Unerhört!)

### Abg. Heilmann (Soz.):

fürhte in der Angelegenheit unter Bezugnahme auf Angriffe des Abg. Riedel gegen Minister Siering aus:

Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in diesem Hause, selbst bei allem Haß gegen den Nachfolger des Herrn Fischbeck, eine solche Rede gehalten wird, wie wir sie eben zu unserer namenlosen Empörung gehört haben.

Unser Stellung zum Fall des deutschnationalen Abgeordneten Kimmel ist klar. Herr Kimmel hat in der Porzellanmanufaktur gekauft und die Preise bezahlt, die man ihm angeboten hat. Bei diesem Geschäft hat die Porzellanmanufaktur nach den neuesten Berechnungen 1000 Dollars zugelegt. Der Kauf des Herrn Kimmel hat die Manufaktur mehr geschädigt als das gesamte Ministerporzellan zusammen.

Herr Riedel hat hier die unerhörte Behauptung aufgestellt, wir hätten den Untersuchungsausschuss beantragt, um die Sache zu verschleiern. Herr Fischbeck hat dazwischengerufen: „Der Untersuchungsausschuss soll ja verschleppen.“ Zunächst hatte Herr v. Ennern einen Untersuchungsausschuss beantragt. Als aber nichts geschah, haben wir einen Untersuchungsausschuss gefordert. Wir wollen Klarheit.

Die Minister haben Porzellan gekauft, und es ist ihnen sämtlich mit demselben Prozentsatz der Vergütung berechnet worden. Den Demokraten sage ich: Die Herren Deser und Gessler haben genau denselben Rabatt bekommen, wie Herr Jarres und die anderen Mitglieder der Deutschen Volkspartei, genau denselben Satz wie Ministerpräsident Braun und Minister Siering. Es gab eine Zeit, da die Porzellanmanufaktur ihre Bestände verkaufen mußte,

### um Geld für die Arbeiterlöhne zu bekommen.

In dieser Zeit hat die Porzellanmanufaktur sich an die Minister gewandt, keiner der Minister hat Rabatt verlangt. Jeder hat die Rechnung, die er bekam, bezahlt. Der Minister Siering ist jedoch der einzige, der nach der Rechnung der Oberrechnungskammer herausbekommt, weil er zuerst bezahlt hat (Hört, hört! bei den Soz.)



während alle anderen, die gekauft haben, Nachzahlungen zu leisten haben. (Abg. v. Egnern: Woher wissen Sie denn das?) Wahr- scheinlich von Ihnen, Herr Kollege v. Egnern. (Große Heiterkeit.) Herr v. Egnern hat uns unterstellt, wir wollten die Sache verschleppen. Er hat angenommen, wir wollten bis auf Friedrich den Großen zurück die Geschäftsführung der Porzellanmanufaktur unterjuchen. (Heiterkeit.) Die Herren Deutschnationalen haben den Vorhitz im Untersuchungsausschuss, an ihnen liegt es, die Unterjuchung zu beschleunigen.

Als Herr Direktor Schneider die Leitung der Porzellanmanufaktur übernahm, und die Sprache auf Kreditstörre kam, da erklärte ein deutschnationaler Abgeordneter im Hauptauschuss, diese Sperre des Kredits sei ganz berechtigt, man solle doch nicht bloß das Institut an, sondern auch den Mann, der das Institut leitet. Man lieh, welche Kräfte am Werk waren, alles entzwei zu schlagen. Was die künstlerischen Bedingungen des Herrn v. Egnern anbetrifft, so hat der künstlerische Direktor der Porzellanmanufaktur erklärt, daß er und Dr. Schneider sich freier und künstlerischer hätten betätigen können als zuvor. Gerade auf künstlerischem Gebiet ist ein Aufschwung zu verschauen. Herr Kollege Vinz, der erst gegen die Geschäftsführung des Herrn Dr. Schneider einge- nommen war, kann das bestätigen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Egnern hat den tüchtigsten Mann aus der Porzellanmanufaktur hinausgedrängt.

Und Herr Dr. Schneider hat die Produktion vorwärts gebracht, ohne einen Kredit zu bekommen, ohne eine Feiertagsruhe einzu- legen, ohne einen Arbeiter zu entlassen. Und er hat einen Ueber- schuß von 250 000 Goldmark erzielt, einen Uebererschuß, den die Porzellanmanufaktur seit ihrem Bestehen noch niemals erreichte.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Egnern will immer die tüchtigsten Leute auf demontierungsreifen Posten haben. So sagt er wenigstens. Wenn sich aber ein Nürnberger Bürger- meister in Berlin um eine Stellung bewirbt, dann braucht er ihn nicht erst zu hören, weil er sowieso keinen Sozial- demokraten wählt. Nicht wahr, Herr v. Egnern?

Man hat gegen Dr. Schneider eine üble parteipolitische Hege inzieniert. Nun sagen die Deutschnationalen: Wir haben nicht ge- wußt, daß Herr Dr. Schneider Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Nein, aber daß Siering Sozialdemokrat ist, das hat man gewußt. Und weil man Siering hängen wollte, hat man Schneider unmöglich machen wollen, und erzählt, Schneider sei Jude, Theateragent, Paten- anwalt usw. Die Angriffe gegen Dr. Schneider zielen auf den Handelsminister. Die Sache in der Porzellan- manufaktur ist eine der traurigsten, die uns beschäftigt hat. Die Ver- legung des Eigentums war längst geheilt, der Betrag mit Dr. Schnei- der ist suspendiert worden, er sollte gelöst werden, sobald die Um- stellung erfolgt war. Aber es drehte sich nicht um die Verlegung des Eigentums, sondern um andere, um politische Dinge. Wir jedenfalls empfinden es als Ehrenpflicht, dem scheidenden Direktor Dr. Schneider unseren Dank auszusprechen. Wir wünschen, daß der preussische Staat in allen werdenden Betrieben solche Männer fände wie Dr. Schneider einer gewesen ist. (Bravo bei den Soz.)

Angenommen wird der Antrag, den Handelsminister zu beauf- tragen, den Revisionsbericht der Oberrechnungskammer über die Porzellanmanufaktur dem Landtag vorzulegen.

## Die preussischen Bergwerke. Beratungen im Haushaltsausschuss.

Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages beriet kürzlich den Bergetat. Die Deutsche Volkspartei ver- suchte dem Handelsminister, Genossen Siering, ein bischen am Zeug zu flicken. Man warf ihm vor, daß er über die Köpfe der Beamten hinweg die Betriebsräte der staatlichen Bergwerke zu allen möglichen Beratungen heranziehe. Der Minister wies die Angriffe geschickt zurück. Er wies nach, daß er sich jederzeit im Rahmen seiner Befugnisse gehalten habe und betonte dabei, daß er auch künftighin soweit als möglich die Betriebsräte, deren Infor- mationen sich als sehr sachkundig und nützlich erwiesen hätten, zu Beratungen heranziehen werde. Der Minister erreichte mit seiner Antwort, daß aus den von deutschvolksparteilicher Seite angebotenen Untersuchungsausschuss verzichtet wurde.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Gefahr der Still- legung der Zechen im südlichen Ruhrgebiet. Der Minister wurde beauftragt, der Gefahr so schnell als möglich zu begegnen und auch bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß „mit allen gesetzlichen oder sonst möglichen Mitteln“ dagegen angegangen wird. Wenn Unternehmer ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl die Still- legung von Betrieben herbeiführen oder verlängern, soll ihnen nach einem angenommenen Antrag unserer Genossen die Verfügung über die Erbhäute entzogen werden. Ferner erreichten unsere Genossen durch Einwirkung auf die Reichsregierung, daß zur Verhinderung weiterer Wirtschaftskämpfe um die Arbeitszeit im Bergbau das Gesetz über die Arbeitszeit im Bergbau vom 15. Juli 1922 wieder in Kraft gesetzt und baldigst von Deutschland die Ratifikation des Abkommens von Washington vollzogen wird.

Die oberen Bergbeamten werden künftig in der Befolgung höher eingestuft. — Das Ministerium soll bei der Reichsregierung auf die günstigeren Frachttarife für die Ruhrkohle (Ausnahmetarife wie vor dem Krieg) drängen, um die Kohle be- sonders gegenüber der Einfuhrkohle konkurrenzfähig zu machen. In gleicher Richtung wurde ein Beschluß für die Frachttarife der Eisen- erze des Ruhr-, Dill- und oberelsässischen Gebietes gefaßt.

Angenommen wurden verschiedene Entwürfe zum Schutz der Bergarbeiter (Belehrung der unterirdischen Belegschaften und Arbeiterüber die Gefährlichkeit der Gase und Erweiterung der Gefahrenzone). Das Ministerium soll ferner für einen Abbau der zu hohen Beiträge zur Knappschaftspensions- klasse eintreten und sowohl bei der Reichsregierung wie im Auf- sichtsweg dahin arbeiten, daß im Rahmen der knappschaftlichen Ver- sicherung die bis zum Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes in den einzelnen Bezirksknappschaftsvereinen gewährten Sonder- leistungen baldmöglichst wieder eingeführt werden. Schließlich soll die den Arbeiterinnen schutz in gewerblichen Betrieben be- arbeitende Abteilung der Handels- und Gewerbeverwaltung bei Bearbeitung von Fällen, die den Schutz der in bergbaulichen Be- trieben beschäftigten Arbeiterinnen betreffen, hinzugezogen werden.

Das Aktienkapital der preussischen Berg- und Hütten- Aktien-Gesellschaft soll um einen dem Umfang ihrer Geschäfte an- gemessenen Betrag erhöht werden. Unsere Genossen forderten, daß das Ministerium sich dafür ein- setze, daß angefaßtes der katastrophalen Krise in der Rallindustrie ein Kalk Reichshandelsmonopol geschaffen und die Ver- reichlichung der deutschen Rallindustrie in die Wege geleitet werde. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein weiterer Antrag unserer Genossen abgelehnt, der verlangte, daß die Berggewerbe- gerichte nicht mehr mit Bergregierungsbeamten als Vorsitzenden besetzt werden sollen.

Auch die Kommunisten hatten eine Reihe von Anträgen vorgelegt. Aber niemand war da, die Anträge auch nur zu begründen und zu erklären. Der Hauptauschuss beschloß daher, angefaßt dieser Bewertung der kommunistischen Anträge durch die eigene Fraktion über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

## Zentralverband Deutscher Konsumvereine.

Der 21. Genossenschaftstag des Zentralver- bandes Deutscher Konsumvereine fand vom 20. bis 25. Juni im Saalbau zu Alm unter sehr starker Beteiligung statt. Am 21. bis 23. Juni waren bereits nichtöffentliche Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses und dieser Körperschaften mit dem Generatrat abgehalten. Am 23. Juni nachmittags erfolgte die Er- öffnung, in der nach Vortrag eines „Wortes aus dem Schwaben- lande“ (Verfasser Herr von Herman-Neuttl, gesprochen vom Sprech- chor der Soz. Arbeiterjugend Alm) und eines Liedes die Be- grüßungsansprachen gehalten wurden.

Heinrich Lorenz, Hamburg verlas die schriftlichen Kund- getungen aus- und inländischer Organisationen und bewillkommnete die Gäste, unter denen sich Vertreter der Behörden, der ausländischen Genossenschaften, der Gewerkschaften und anders gerichteter deutscher Genossenschaften befanden. Redner gedachte ferner der Toten des letzten Jahres, insbesondere des langjährigen Baudirektors Architekt Krug, des früheren Vorstandsmitgliedes Karl Schmidchen und des Nestors der Bewegung Konrad Barth, der zu Anfang Mai in München fiel und friedlich, wie er gewirkt, entschief. Was Barth groß und liebenswert machte, war seine Ueberzeugungstreue und seine Uneigennützigkeit. Hieran knüpfte Lorenz eine Schilder- ung der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres, der Wäh- rungskatastrophe und der beabsichtigten Lösung der Repara- tionsfrage und zeichnete in knappen Zügen ein Bild der Wir- kungen auf das deutsche Volk. Es handelte sich um Bestand und Zu- kunft des deutschen Volkes, und so müsse die schwere Last getragen werden in der Hoffnung auf das Wachsen der Vernunft im Ausland und auf das Freiwerden des deutschen Volkes und des deutschen Landes in der selbstgewählten Demokratie, die auch die Grundlage der Genossenschaftsbewegung sei. In diesem Sinne müsse der Genossenschaftstag arbeiten, im festen Willen zum gemeinsamen Ueberwinden der Schwierigkeiten.

Ministerialrat Müller überbrachte die Wünsche der von ihm vertretenen Ministerien, Ministerialrat Kälin die des württember- gischen Staatsministeriums unter starker Betonung der Bedeutung der Genossenschaften und der dringenden Notwendigkeit ihrer Er- haltung und Stärkung.

Heinrich Kaufmann sprach für den Reichswirtschaftsrat, her- vorhebend, daß dieser in der Frage des Nachbottens und der Umsatzsteuer die Interessen der Konsumvereine gewahrt habe, und — „wenn einer daht, mo' bei dau'n kann, denn kann bei nich mi'r dau'n, as bei dau'n daht“.

King-Oxford überbrachte die Grüße des englischen Ge- nossenschaftsverbandes; Thorpe-Manchester diejenigen der eng- lischen Großverkaufsgesellschaft; Cairns-Glasgow die der schotti- schen Großverkaufsgesellschaft; Barbasse-Rew York die des amerikanischen Genossenschaftsverbandes; Kausnig-Wien die der beiden österreichischen Organisationen; Jirafes-Brag die der beiden tschechischen Organisationen; Lindquist-Stockholm die des Zentra- lverbandes schwedischer Konsumvereine. Alle ausländischen Redner gaben einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung und die Aussichten der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern und knüpften daran herzlichste Worte der Sympathie für die deutschen Genossenschaften und die Hoffnung auf ihr reiches Wiederaufblühen im nationalen wie im internationalen Interesse, die genossenschaftlichen Ideale mit begehrten Worten hervorhebend. Besonders Beifall fand der deutschsprechende amerikanische Vertreter, der betonte, wieviel seine Heimat Deutschland verdanke, das ihr im Jahre 1848 viele charaktervolle Menschen mit neuen Idealen und neuer Kultur gesandt habe. Heute lehrten die Deutschen die von mächtigen, pro- fitungsbereiten Geldheuten regierten Amerikaner Geduld, lehrten auch, wie die Wälder in Frieden und Eintracht nebeneinander leben können.

Für die Gewerkschaften sprach Knoll, der an die Feststellung gemeinsamer Interessen eine Schädigung gemeinsamen Wirkens der Gewerkschaften und Genossenschaften für Verbraucherinteressen wäh- rend der Zwangswirtschaft knüpfte, eine Gemeinschaft, die auch in Zukunft fortgesetzt werden müsse.

Am zweiten Verhandlungstage teilte Lorenz mit, daß 791 stimmberechtigte und 256 nicht stimmberechtigte Vertreter anwesend sind.

Heinrich Kaufmann begründete eine neue Geschäftsordnung des Genossenschaftstages, die dazu dienen soll, Mißbräuche der Geschäftsordnung — Schotkrum der Verhandlungen durch unnütze Antragstellerei, Redenworte und ähnliche Tricks — zu verhindern, wie sie seit einigen Jahren von einer kleinen Gruppe beliebt werden. Die Änderungen betreffen die Dauer der Rede- zeit, die Behandlung von Anträgen, das Abstimmungsverfahren, Wortentziehung u. a. m. Antragsgemäß wurde in en bloc-Abstim- mung die Vorlage gegen etwa 46 Stimmen angenommen.

Heinrich Kaufmann-Hamburg berichtete über die

Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Die Verbandsstatistik sei, soweit sie Wirtschaftstatistik sei und Ver- angaben enthalte, infolge der Geldentwertung zusammengebrochen. Zur Beurteilung der Verbandsentwicklung bleibe nur noch die Be- standsstatistik. Angehört seien 1275 Konsumgenossenschaften mit 8495 Beteiligungsstellen, 3517 288 Mitgliederfamilien und 44 503 beschäftigten Personen. Die Zahl der Arbeitsgenossen- schaften gehe ständig zurück; von 22 angeschlossenen berichteten 15, die 920 Personen beschäftigten. Den Zentralorganisationen seien angeschlossene die Großverkaufsgesellschaft (2986 B- beschäftigte), und die Verlagsgesellschaft deutscher Kon- sumvereine (412), die „Volksfürsorge“ (229) und das Sächsisches Bekleidungsamt (266). In allen Betrieben habe infolge des Währungsunruhens und des geringen Beschäftigungs- grades ein starker Personalabbau stattgefunden, vor allem hätten aber auch die Konsumgenossenschaften ihr Betriebskapital und die Spar- einlagen der Mitglieder verloren, während die erheblichen unbelasteten Sachwerte der bedeutenden Vereine wegen der Geldknappheit heute kaum neu zu beschaffen seien. Die

Aufwertungsfrage

habe einiges Kapzerbrechen verursacht. Selbstverständlich sei, daß soweit Mittel vorhanden, zunächst die Besizer von Obligationen und Spareinlagen und erst dann die Mitglieder zu entschädigen seien. Konsumgenossenschaften ohne Sachwerte können überhaupt nicht auf- werten, weil eben keine Werte da seien. Im allgemeinen habe man Spareinlagen und Obligationen mit 20 bis 25 Proz. aufgewertet und bei Geschäftsanteilen vielfach denselben Grundlag angewandt. Einige Genossenschaften hätten viel höher auf- gewertet, als für den Bestand der Vereine verantwortet werden könne; Uebermaß sei immer schädlich. Da zurzeit die Vereine schwer unter der Stabilisierungstrife litten, sei zunächst alles daran zu setzen, den Umsatz zu heben. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied be- trage noch nicht die Hälfte des Vorkriegsdurchschnittsumsatzes. In manchen Genossenschaften seien viel zu hohe Warenbestände, als daß ein zwölfwöcherlicher Umsatz der Kolonial- und Materialwarenlager, wie erforderlich, möglich sei. Besonderes Gewicht müsse auf die Beschaffung neuen Betriebskapitals gelegt werden; es müsse viel mehr getan werden, die Mitglieder für die Auffüllung der Ge- schäftsanteile und für das genossenschaftliche Sparsystem zu interessieren. Die Genossenschaftsbewegung müsse alle Kraft ein- setzen, um über die großen Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegzukommen.

Bäckerlein-Hamburg erstattete den Bericht über die wirt- schaftlichen Maßnahmen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Er schilderte die unter Mit- wirkung des freien Ausschusses der deutschen Genossenschafts- verbände erfolgte Umgestaltung des Genossenschafts- gesetzes, die den Konsumvereinen einige wesentliche Erleichter- ungen brachte, und die Tätigkeit bezüglich der Änderung der Satzungen über die Revisionspflicht, der Umstellung der Geschäfts- anteile auf Rentenmark und der Goldbilanzen, die zur Erfüllung der genossenschaftlichen Wünsche führte. Eingehend behandelte Redner die Schicksale der Genossenschaften im Instationsjahre 1923, das sie um ihr gesamtes Betriebskapital brachte, weil die Produzenten Goldmark forderten, während die letzten Verteiler nur zu allfänglich wertvoller werdender Papiermark verkaufen durften. Der Zustand wurde durch die Mißstände im Devisenverkehr noch verschlimmert, so daß die Monate Juli bis Oktober ungeahnte Verluste ergaben, trotz aller Anstrengungen zu ihrer Verhütung. Auch

die Steuerbelastung.

die vielfach eine Ausnahmebelastung der Konsumvereine gegenüber dem Kleinhandel bedeutete, besonders bei der Arbeitgeberabgabe, wirkte drückend auf die Vereine, fördernd für den Mittelstand. Bei der Regelung der Brotversorgung nach Aufhebung der Rationierung gezeichnete der Regierungskredit die Mithilfe der Kon-

sumvereine, ebenso wirkte die anerkanntswerte Unterstützung durch das Ernährungsministerium bei der Beschaffung von Auslandswaren im November und Dezember recht vorteilhaft. Die Konsumvereine haben große Schwierigkeiten bei der Betriebsmittelbeschaffung und leiden unter den hohen Zinslasten, die auch den Warenpreis beein- flussen. Die weiteren Ausführungen des Redners fanden ihren Niederschlag in folgenden

vier Entschlüssen:

In der ersten werden die wirtschaftlichen Maßnahmen des Zen- tralverbandes im Jahre 1923 gebilligt, und die Entzückung des Genossenschaftstages über die Nichtbefreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer ausgesprochen. Von der Reichsregierung und dem Reichstag wird die Aufhebung der Steuer, für die sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederholt ausgesprochen, gefordert, und gegen die Erhebung der Umsatzsteuer nur beim letzten Verteilen Einspruch erhoben.

In der zweiten wird die Tätigkeit des Kartellgerichts und ihre guten Wirkungen anerkannt, aber im Hinblick auf fort- bestehende Mißstände auf dem Gebiete des Kartell- und Preislen- zenszwangs, unter denen auch die Konsumgenossenschaftszentrale leidet, die Einführung eines beim Reichswirtschaftsministerium zu findenden Kartellregisters gefordert, in der den Spitzenver- bänden und ihren Beauftragten Einsichtsrecht zu gewähren ist, damit sie ein unverzügliches Einschreiten des Reichswirtschaftsministeriums beantragen können.

In der dritten wird der Forderung Ausdruck gegeben, daß die geforderten Körpererleichterungen auf Beseiti- gung der Einfuhrerleichterungen für Vieh und Fleisch, insbesondere Geflügel, das zur Verbesserung der Volksernährung beitrage, im Lebensinteresse des deutschen Volkes die entschiedenste Abwehr zuteil werden lassen.

In der vierten wird Protest erhoben gegen die Einführung neuer und die Inkraftsetzung bzw. Erhöhung der bestehenden Schutzzölle. Die Erhebung von Schutzzöllen vermindere die Kaufkraft des Arbeitssolches und des Beamtengehalts, fördere den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Kar- telle und Sogndate, erhöhe die inländischen Produktionskosten, schwäche die deutsche Wirtschaft in ihrem Wettbewerb auf den ausländischen Märkten und erschwere den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Der Genossenschaftstag fordere daher, daß Reichs- regierung und Reichstag an die Stelle des Schutzzöllensystems eine nach freihändlerischen Grundsätzen orientierte Handelsvertragspolitik setzen.

Kommunistische Opposition.

An die Berichte knüpfte sich eine rege Aussprache, in der kom- munistische Vertreter — Eringer-Jena, Kerner-Gotha, Bielepp-Weihenfels — und nichtkommunistische sich unter- hielten. Die Kommunisten hatten am Zentralverband und seiner Leitung viel auszusagen. Sie vertraten die Auffassung, man müsse alle Konsumfragen mit politischen Mitteln zu lösen versuchen, und sich mehr an die arbeitenden Schichten wenden, da nur noch wenige Bürgerliche in den Vereinen seien. Die Genossen- schaft sei eine Klassenfrage, darum müsse sich die Ge- nossenschaft auf die Arbeiterbewegung stützen und ein Klassenkampfs- organ werden. Die andere Seite — Rupprecht-Köln, Mirus- Berlin und Fleißner-Dresden — wandten sich mehr oder weniger scharf gegen diese Auffassung. Das Vertrauen der Mitglieder, ein Fonds, der nicht verloren gehen dürfe, werde nur erhalten, wenn es nicht unzulässig durch Verunglimpfung aller Führer gefährdet werde. Der einheitliche Wille der Mitglieder sei nur gegeben durch Neutralität auf parteipolitischem Gebiet. Die Bewegung brauche Treue und Opfer der Mitglieder, die nur bei vorhandenen Vertrauen gebracht würden. Das Treiben der Kommunisten draußen im Lande sei gewissenlose Popu- laritätshocherei und kennzeichnete sie als die großen Verderber der Eintracht, die andere Leute aus den Vereinen hinausstießen. Zur Reparationsfrage gab Kerner-Gotha, durch Zurufe in die Enge getrieben, die Versicherung, wenn das Sachverständigengutachten nicht angenommen werde, komme es genau so, als wenn es angenommen werde, was Mirus-Berlin richtig mit der Bauern- regel verglich: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder bleibt, wie es ist.“

Bäckerlein wandte sich im Schlußwort in schärfster Form gegen die trotz besseren Willens immer wieder verbreitete schwinde- lichte Darstellung seiner Haltung in der Umsatzsteuerfrage durch die Kommunisten.

Die vorgelegten Entschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Der von Markus-Essen erstattete Ausschussbericht, der harmonisches Zusammenarbeiten der Instanzen feststellte, wurde debattelos zur Kenntnis genommen.

Den Bericht über die Pensionskasse des Zentralverbandes deut- scher Konsumvereine erstattete Heinrich Kaufmann. Die Kasse hat 278 Genossenschaften mit 13 853 Versicherten (darunter 2873 weibliche) angeschlossene, darunter fast alle größeren und mittleren Konsumvereine. Die Kasse besitzt jetzt 75 Immobilien, 884 Witwen-, 180 Waisen-, 87 Alters- und 111 Kriegerrenten. Letztere werden durch Allogenerfahren gedeckt, während die übrigen durch die Prämienreserven gedeckt werden. Der Kassenverwaltung ist es ge- lungen, durch ein Abkommen mit den Kassenführern eine so hohe Aufwertung des hypothekendarlehenes zu erzielen, daß alle bis 30. November 1923 angefallenen Renten, die heute aus laufenden Mitteln mit 50 Proz. ausgetehrt werden, ab 1. Juli d. J. unter Zustimmung des Aufsichtsrates wieder voll aus- gegahlt werden können. Die Kasse kann mit Stolz sagen, daß sie eine der wenigen ist, die ihre Friedensleistungen wieder aufnehmen können.

Der Bericht wurde debattelos zur Kenntnis genommen.

Den Bericht über die Tätigkeit der Fortbildungskommission er- stattete Sierakowski-Hamburg. Im großen und ganzen wurden die für die Sommermonate geplanten Kurse für Vorstandsmit- glieder, Aufsichtsräte, Belegstellenkontrolleure durchgeführt. In neuen Jahren konnte das Tätigkeitsfeld der Fortbildungskommission dadurch ausgedehnt werden, daß Konferenzen für Bodmeister und solche für Lagerhalter in vielen Verbandsgebieten abgehalten wurden. Beide Veranstaltungen bewährten sich, unterstützt durch Ausstellungen der Großverkaufsgenossenschaften. Jede Arbeit der Kommission ist von dem Gedanken getragen, daß jeder Mitarbeiter befähigt werde, durch sparsamste Betriebsführung, auch an der unscheinbarsten Stelle, die Wirtschaftlichkeit der Konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen zu sichern.

Schweikert-Hamburg berichtete über die Mitarbeit der Frau in der Genossenschaft auf Grund einer allerdings lückenhaften Statistik für 1923. Ueber die praktische Mitarbeit der Frauen in den Verwaltungen, in der Werbetätigkeit, beim Besuch säumiger Mitglieder, bei der Einlassierung der Geschäftsanteile usw. sprechen sich die Berichte meist günstig aus. Redner legte dar, wie wichtig trotz der Ueberlastung der Vereinsverwaltungen die Ge- winnung der Frauen als treue Genossenschaftlerinnen sei, und zeigte die einzelnen Gebiete, auf denen sie gerade wirken können. Der un- verhältnismäßig große Abstand zwischen Einkommen und Umsatz in der Genossenschaft zeige, was bei den Frauen noch nachzu- holen sei. Das erstrebenswerte Ziel, die Familienwirtschaft immer enger der genossenschaftlichen Bedarfsversorgung anzuschließen, werde nur erreicht, wenn man sich an Männer und Frauen wende. Deshalb müßten Gelegenheiten und Einrichtungen geschaffen werden, die der volkswirtschaftlichen und genossenschaftlichen Auf- klärung der Frauen dienen, denn Genossenschaftsarbeit sei zunächst Erziehungswerk.

Die zu Wort kommenden Frauen, Sekretärin Greth-Brum- hagen und Köhler-Köln sprachen aus der Praxis über die Mög- lichkeit der Gewinnung der Frauen, und besonders erstere stellte fest, daß das Hineintragen der Parteipolitik in die Genossenschaften das sicherste Mittel sei, die Frauen nicht zu gewinnen. Strengste Ge- nossenschaftlichkeit sei nötig, um ihnen nahezukommen.